www.gegen-vergessen.de 76 / Mai 2013

Gegen Vergessen FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“ ab Seite 04

Der 17. Juni 1953 in der deutschen Erinnerung ab Seite 08

Achtzigster Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 ab Seite 11

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

Geschichte bewegt in diesem Jahr viele Gemüter. Gerade wurde die Spielfilmreihe „Unsere Mütter, unsere Väter" über den Zweiten Weltkrieg zur besten Sendezeit im ZDF gezeigt. Viele haben sie gesehen und sind ins Nachdenken über eine grausame Zeit gekommen, die nur wenige von uns noch selbst erlebt haben.

Wir erinnern uns in diesem besonderen Gedenkjahr an die Machtübernahme der Nationalsozialisten vor 80 Jahren. In Berlin begehen wir das Themenjahr „Zerstörte Vielfalt" mit einer Fülle von Ausstellungen und Veranstaltungen. Diese führen uns vor Augen, dass das Jahr 1933 den Niedergang einer vielfältigen, kulturell hochstehenden und weltoffenen Metropole bedeutete. Ein Ereignis, dass den Absturz von der Hochkultur in die Barbarei offen zu Tage treten lässt, sind die Bücherverbrennungen des 10. Mai 1933. Unser Gründungsvorsitzender Hans-Jochen Vogel, der im Fernsehen nach dem letzten Teil der Reihe „Unsere Mütter, unsere Väter" über seine Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg berichtete, macht in seinem Artikel über den 10. Mai 1933 deutlich: Dieses Datum kann man mit dem Wissen um den Holocaust nicht treffender charakterisieren als mit dem Heine-Zitat „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen".

An ein anderes Datum unserer jüngsten deutschen Geschichte, das in der Bundesrepublik einmal ein Nationalfeiertag war und sich 2013 zum 60. Mal jährt, erinnert unser stellvertretender Vorsitzender Bernd Faulenbach. Er weist darauf hin, dass der 17. Juni 1953 in zweierlei Hinsicht wert ist, bedacht und gefeiert zu werden: als erster Aufstand gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich und als Ereignis der deutschen Freiheitstradition, die es neben all den Erfahrungen von Unfreiheit und Unterdrückung auch gegeben hat.

Das Jahr 1933 mahnt uns, dass Vielfalt und Toleranz sensible, schützenswerte Güter sind. Und das Jahr 1953 macht uns klar, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist, dass Menschen zu anderen Zeiten mehr dafür riskieren mussten als wir heute. Die NSU-Morde aber haben gezeigt, dass wir uns nie zu sicher fühlen dürfen. Bleiben wir wachsam, in dem wir uns erinnern.

Ihr Wolfgang Tiefensee

Die diesjährige **Mitgliederversammlung** findet am Samstag, den 23. November 2013, im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Am 24. November 2013 werden ebenfalls im Berliner Abgeordnetenhaus der Preis „Gegen Vergessen – für Demokratie" und der „Waltraud-Netzer-Jugendpreis" verliehen. Für beide Preise suchen wir würdige Preisträger. Vorschläge können bis zum 31. Mai 2013 eingereicht werden. Informationen zu beiden Preisen finden sie auf unserer Internetseite unter www.gegen-vergessen.de/initiativen.html

Mit dieser Ausgabe bekommt unsere Zeitschrift ein neues Gesicht. Wir danken der Werbeagentur together concept aus Essen für die langjährige grafische Betreuung unserer Zeitschrift und die überaus erfreuliche Zusammenarbeit. Ab dieser Ausgabe wird das Layout der Zeitschrift von Atanassow-Grafikdesign aus Dresden verantwortet.

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“ 4
Der 17. Juni 1953 in der deutschen Erinnerung 8
Zum achtzigsten Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 11
„Keine Kameraden“ 14
„Täter, Opfer, Jedermann“ 16

AUS UNSERER ARBEIT

Geschichte vermitteln in einer heterogenen Gesellschaft 18
Gedenken in der Rosenstraße 20

REGIONALE ARBEITSGRUPPEN

RAG Augsburg-Schwaben: Wernher v. Braun, Täter der „Generation des Unbedingten“ 21
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Der 27. Januar in Bad Sooden-Allendorf 23
RAG Baden-Württemberg, Böblingen-Herrenberg-Tübingen: Grußkarten aus dem KZ 25
RAG Baden-Württemberg, Südbaden: Was kann Waldkirch von Günzburg lernen? 27
RAG Baden-Württemberg, Nordbaden: Stolpersteine putzen – warum? 29

NAMEN UND NACHRICHTEN

Willi-Ohlendorf-Preis 2012 32
Nachruf auf Edward Kossoy 33
Zeitzeuge Werner Grube verstorben 35

REZENSIONEN

Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten? 37
Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer 38
NS-Täter Werner Ventzki: Der „andere“ Vater 40
Auf Hass lässt sich nicht bauen – Erinnerungen 42

BUCHEMPFEHLUNGEN

Das Oberlandesgericht München zwischen 1933 und 1945. 42

BEITRITTSERKLÄRUNG 43
VERANSTALTUNGEN 44
VORSTAND | IMPRESSUM 46
ORGANISATORISCHES 47

ZERSTÖRTE

BERLIN 1933–1938–1945

DAS BERLINER THEMENJAHR 2013
WWW.BERLIN.DE/2013

Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“

Berlin steht heute weltweit für Modernität, Vielfalt und Toleranz. Wie sensibel und schützenswert diese Werte sind, soll das Berliner Themenjahr 2013 mit dem Titel „Zerstörte Vielfalt“ zeigen. Es setzt sich mit der durch den Nationalsozialismus nach 1933 zerstörten gesellschaftlichen Vielfalt Berlins auseinander. Der 80. Jahrestag der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und der 75. Jahrestag des Novemberpogroms sind der Anlass für ein Jahr des Gedenkens und Erinnerns.

Über 120 Projektpartner, z.B. Museen, Vereine, Verbände, Stiftungen, Unternehmen, Galerien, Künstler, Theater, Archive, Bezirksämter, Institute, Kircheneinrichtungen, Dokumentationszentren und Erinnerungsstätten sowie private Initiativen in Berlin engagieren sich gemeinsam für das Themenjahr mit Ausstellungen sowie über 500 Veranstaltungen.

Im Stadtbild präsent

Im Stadtbild Berlins wird die „Zerstörte Vielfalt“ im Jahr 2013 unübersehbar dokumentiert. An elf ausgewählten Orten in Berlin wurden verschiedene Säulen-Ausstellungen installiert. Jeweils vom historischen Ort ausgehend werfen diese thematischen Ausstellungen Schlaglichter auf die Geschichte Berlins in der NS-Zeit. Auf weiteren Säulen präsentieren über 50 Ausstellungsprojekte ihre Recherchen zur Berlingeschichte der Weimarer Republik und der NS-Zeit. In einer Biografie-Ausstellung, die zunächst ab dem 30. Januar vor dem Brandenburger Tor zu sehen war und nun in den Lustgarten vor den Berliner Dom gezogen ist, werden über 200 einzelne Persönlichkeiten, die vor 1933 die Vielfalt Berlins repräsentierten, vorgestellt.

VIELFALT

Geht Schicksalen und Lebensgeschichten nach: die Porträtausstellung im Lustgarten in der Nähe des Berliner Doms.

Foto: Annemarie Hühne

Auch das von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. geförderte studentische Projekt „kudamm' 31" ist in der Ausstellung im DHM und auch am Kurfürstendamm auf einer Säulenausstellung präsent.

Foto: Christian Kielmann

Ausstellung im DHM

Zum Themenjahr präsentiert das Deutsche Historische Museum die Ausstellung „Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938“, in der sich ebenfalls viele stadtweite Geschichtsprojekte mit einbringen konnten, wie z.B. das studentische Projekt „kudamm‘ 31“ von past[at]present, das die Geschichte des praktisch vergessenen Pogroms vom 12. September 1931 auf dem Berliner Kurfürstendamm als Audiowalk wieder zugänglich machte und von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. unterstützt wurde. Als Ausstellung mit freiem Eintritt schafft „Zerstörte Vielfalt. Berlin 1933–1938“ eine inhaltliche Klammer der teilnehmenden Projekte und dient als zentraler Zugang zum Themenjahr für Berliner und Berlinbesucher. Die Ausstellung zeigt anschaulich, wie die gesellschaftliche Vielfalt und kulturelle Avantgarde im Berlin der 1920er Jahre durch die Etablierung des Nationalsozialismus zerstört wurden.

ZERSTÖRTE

BERLIN 1933–1938–1945

Im Stadtbild präsent: die Ausstellungen zum Themenjahr „Zerstörte Vielfalt“ am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz.

Foto: Dennis Riffel

Foto: Jakob Hoff

Blick in die kostenlose Ausstellung im DHM, die bis 10. November geöffnet ist.

www.berlin.de/2013

Einen stets aktuellen Überblick über Ausstellungen, Diskussionsrunden und Lesungen, Publikationen, Filmprojekte, Stadtführungen und Rundgänge, aber auch temporäre Kunstprojekte, Multimedia-Collagen, Apps sowie Theater-Features bietet die Webseite www.berlin.de/2013. Auch der weltweit bekannte Datenpool des Projektes „Stolpersteine" wurde in das Internetportal des Themenjahres eingebunden und ist auf der interaktiven Stadtkarte mit mehr als 1.500 „Stolpersteinen" sichtbar. Im Jahresverlauf bietet die Internetseite viele spannende Informationen und wird ständig erweitert durch die wachsende Anzahl der Projektpartner sowie hinzukommende Veranstaltungen und Biografien. Zahlreiche Inhalte bleiben dauerhaft auf dem Stadtportal www.berlin.de erhalten und ergänzen das vorhandene Recherche- und Informationsangebot.

Das Berliner Themenjahr 2013 ist eine Initiative des Landes Berlin, koordiniert durch die landeseigene Gesellschaft Kulturprojekte Berlin, unterstützt aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, des Hauptstadtkulturfonds und weiteren Förderern. ■

Foto: Dennis Riffel

Foto: OTFW Berlin/Wikipedia

Gedenktafel in der Berliner Straße 71 in Berlin-Tegel zur Erinnerung an die protestierenden Hennigsdorfer Stahlarbeiter, die am 17. Juni 1953 hier vorbeizogen.

Bernd Faulenbach

„Wir wollen freie Menschen sein“

Der 17. Juni 1953 in der deutschen Erinnerung

Im Juni dieses Jahres werden 60 Jahre seit dem Volksaufstand in der DDR 1953 verstrichen sein, einem Ereignis, das die Zeitgenossen tief aufgewühlt hat, das in der DDR fatale Folgen hatte, das in der Bundesrepublik durch einen jährlichen Feiertag begangen und teilweise kontrovers diskutiert wurde, doch auf die Dauer verblasste und 1989/90 im politischen Bewusstsein nur noch bedingt präsent war. Seit 10-15 Jahren wird das Geschehen um den 17. Juni 1953 in der DDR in Wissenschaft und Öffentlichkeit verstärkt beachtet und zunehmend zu den positiven Traditionskomplexen der deutschen und der europäischen Geschichte gerechnet.

Die jüngere wissenschaftliche Forschung, die vor allem die regionalen und lokalen Archive sowie die Stasiunterlagen in Ostdeutschland ausgewertet hat, hat herausgearbeitet, dass zwischen dem 16. und 21. Juni 1953, mit dem Höhepunkt am 17. Juni, in mehr als 700 Städten der DDR Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden haben. In 12 Städten wurden die Gefangenen befreit und in etlichen die lokalen Autoritäten abgesetzt. Zahlreiche Gebäude wurden gestürmt, einige verwüstet und angesteckt, Repräsentanten des Regimes angegriffen. Das Ganze war eine Bewegung, an der mehr als eine Million Menschen beteiligt waren und die innerhalb kürzester Zeit geradezu revolutionären Charakter annahm.

Kerngruppe der auf Baustellen in Ost-Berlin ihren Ausgang nehmenden Bewegung waren die Arbeiter, die auf ihre traditionellen Kampfformen (die Durchführung von Streiks, die Wahl von Komitees etc.) zurückgriffen, doch wurden auch andere Gruppen von der Bewegung erfasst, der alte Mittelstand, die Jugend, auch Teile der ländlichen Bevölkerung. Zu den regional und lokal leicht unterschiedlichen Forderungen der Bewegung zählten, erstens die Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, zweitens die Durchführung freier Wahlen, eine Forderung, die auch die Parteien im Westen erhoben und die die Wiedervereinigung als Konsequenz dachten, die übrigens manchmal auch expressis verbis gefordert wurde, drittens die Ablösung der Regierung, was auf die Überwindung des SED-Regimes hinauslief (das sich ohne Eingreifen der sowjetischen Truppen höchstwahrscheinlich nicht hätte halten können), viertens die Freilassung politischer Häftlinge.

Selbst die Niederschlagung des Aufstandes ist inzwischen genauer rekonstruiert worden. Allein in Berlin wurden drei Divisionen mit 600 Panzern eingesetzt. Im Schutz der Panzer rückte

Foto: Axel Mauruszat/Wikipedia

Das Denkmal des Bildhauers Karl Wenk für die Opfer des 17. Juni 1953 auf dem Urnenfriedhof Seestraße in Berlin-Wedding.

die Volkspolizei vor. Ca. 100 Menschen kamen ums Leben, etwa 20 wurden standrechtlich erschossen, bis August ca. 13.000 Menschen verhaftet, der größere Teil davon zwar bald wieder freigelassen, immerhin ca. 2.750 von ostdeutschen und sowjetischen Gerichten zu z. T. langjährigen Strafen, vier zum Tode verurteilt, von denen zwei Urteile vollstreckt wurden. Unter den 320.000, die 1953 in den Westen gingen, war eine größere Zahl von Menschen, die sich am Aufstand aktiv beteiligt hatten und vor einer möglichen Verfolgung flohen.

Für das SED-Regime war der Aufstand ein schwerer Rückschlag, der bis zum Ende der DDR nachwirkte. Der Aufstand wurde von der SED teils als „faschistischer Putschversuch", teils als „Konterrevolution" verurteilt. Eine besondere Rolle wurde auch dem Ostbüro der SPD zugeschrieben, das von den Vorgängen selbst jedoch überrascht wurde. Dass sich das Regime nicht ausschließlich auf Gewalt stützen konnte, war damit offensichtlich, doch blieb das Misstrauen gegenüber der Bevölkerung eine durchgängige Haltung des SED-Systems. Bezeichnend war, dass die Sicherheitskräfte bis in die 70er Jahre jeweils um den 17. Juni herum in Alarmzustand versetzt wurden, weil man die Erinnerung fürchtete. Noch am Vorabend der Friedlichen Revolution 1989 frage Erich Mielke seine Stasioffiziere: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?"

Auch in der Bundesrepublik nahmen die Menschen 1953 am Geschehen in Ost-Berlin und in der DDR Anteil. Bei Gedenk- und Trauerveranstaltungen in Bonn und Berlin würdigten Bundeskanzler Adenauer und der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter die Opfer des Aufstandes und erhoben den 17. Juni 1953 zum verbindenden und verpflichtenden nationalen Geschehen. Bei genauerem Hinsehen setzten Adenauer und die Sozialdemokraten die Akzente freilich unterschiedlich. Während die Sozialdemokraten, die sich – in der Bundestagsdebatte durch Herbert Wehner und Willy Brandt – mit den aufständischen Arbeitern identifizierten, den Aufstand nicht nur gegen das SED-Regime, sondern gegen die politisch-sozialen Verhältnisse im geteilten Deutschland gerichtet sahen, betonten Adenauer und die CDU die antikommunistische Komponente und bekräftigten von hierher die Notwendigkeit der Westintegrationspolitik.

Auf Vorschlag von Herbert Wehner, dem Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses, wurde der 17. Juni fortan als „Tag der nationalen Einheit" begangen. Schon am 25. Juni 1953 hatte Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit" geschrieben: „Der 17. Juni 1953 wird einst und vielleicht nicht nur in die deutsche Geschichte eingehen als ein großer, ein symbolischer Tag. Er sollte bei uns jetzt schon zum Nationalfeiertag des wiedervereinigten Deutschland proklamiert werden […] Als Demonstration begann's und ist eine Revolution geworden! Die erste deutsche Revolution ausgetragen von Arbeitern, die sich gegen das kommunistische Herrschaftsparadies empörten […]." Fortan fanden jeweils am 17. Juni – teilweise vom Kuratorium Unteilbares Deutschland veranstaltete – Feierstunden und Kundgebungen statt, an denen der Ereignisse am 17. Juni 1953 gedacht und der Wiedervereinigungsgedanke wachgehalten werden sollte. Allerdings begann dieser Tag – auch durch die Überlagerung durch andere Ereignisse wie den Mauerbau – in der Folgezeit allmählich zu verblassen; der in schöner Sommerzeit gelegene Tag wurde von der Mehrzahl der Bundesbürger als Ferientag genutzt, sensiblere Beobachter bezeichneten ihn seit den 60er Jahren als „Tag der Verlegenheit". Und in der Zeit der Entspannungspolitik, in der im Rahmen der Neuen Ostpolitik ein Modus Vivendi mit der DDR zu Gunsten der Menschen gesucht wurde, erschien manchen die demonstrative Erinnerung an den 17. Juni 1953 als nicht mehr zeitgemäß. Doch galt das Geschehen in den 80er Jahren teilweise als denkwürdig im Kontext einer Demokratiegeschichte, die von der nationalen Frage getrennt gesehen wurde.

Bemerkenswerterweise spielte dann 1989/90 – sieht man von Erhard Epplers Rede zum 17. Juni 1989 ab, in der dieser als erster westlicher Politiker der DDR die Zukunftsfähigkeit absprach –, die Erinnerung an den 17. Juni 1953 kaum mehr eine Rolle. Die Oppositions- und Volksbewegung bekannte sich eindeutig zur Gewaltlosigkeit, sie hatte neuere Protestformen adaptiert, wobei ältere Menschen, zumal im kirchlichen Raum, auch aus dem Scheitern von 1953 gelernt haben mochten. Und als es bei den Vereinigungsverhandlungen 1990 um den künftigen Nationalfeiertag ging, erinnerte sich niemand mehr an das Dictum der Gräfin Dönhoff: der 17. Juni galt groteskerweise als westdeutscher Feiertag, ungeeignet für das neue vereinigte Deutschland. Da zugleich der 9. November verworfen wurde – insbesondere wegen seiner Vieldeutigkeit – wurde der 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit.

Seit den 90er Jahren ist dann der 17. Juni 1953 wiederentdeckt worden: als erster Aufstand gegen den Stalinismus im sowjetischen Herrschaftsbereich und als Ereignis der deutschen Freiheitstradition. Inzwischen ist in dem von dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann initiierten Museum der deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt eine neue Abteilung eingerichtet worden, die dem 17. Juni 1953 wie der friedlichen Revolution 1989 in der DDR gewidmet ist. In der Tat weist auch die deutsche Geschichte freiheitliche Traditionen auf. Und bezogen auf Europa gilt es, die Geschichte der europäischen Idee der Freiheit bewusst zu machen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist stellvertretender Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Eine Ausstellung zur Zeitgeschichte der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

60 Jahre nach dem 17. Juni 1953 präsentiert die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Ausstellung „Wir wollen freie Menschen sein. Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953".

Die Ausstellung schildert die Vorgeschichte des Aufstandes. Sie zeigt auf, wie der Protest Berliner Bauarbeiter zum Auslöser republikweiter Massendemonstrationen wurde, die für die unterschiedlichen Regionen der DDR geschildert und illustriert werden. Weitere Plakate widmen sich der Niederschlagung des Aufstandes und seiner Opfer. Ausführlich werden die Folgen der Erhebung für die SED-Diktatur, die Reaktionen des Westens sowie die Erinnerung an den Aufstand von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart beschrieben. Autor der Ausstellungstexte ist der renommierte Historiker und Publizist Dr. Stefan Wolle. Für die Ausstellung wurden 130 Fotos und Dokumente aus 25 Archiven ausgewählt. Neben Bildikonen, die in das öffentliche Gedächtnis eingegangen sind, präsentiert die Schau weithin unbekannte Bilder aus allen Teilen der einstigen DDR. Die Ausstellung wurde vom Leipziger Grafiker Dr. Thomas Klemm gestaltet.

Die Ausstellung umfasst 20 DIN A1-Plakate und wurde an die Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verschickt. Bei Bedarf können noch weitere Ausstellungen über die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Berlin bezogen werden.

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Eine Ausstellung zur Zeitgeschichte der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Hans-Jochen Vogel

„Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“

Zum achtzigsten Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933

In diesem Jahr häufen sich die achtzigsten Jahrestage von Entscheidungen und Ereignissen im Zuge der Machtergreifung des NS-Gewaltregimes. Das beginnt mit dem 30. Januar 1933, an dem der damalige Reichspräsident von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte. Es setzt sich fort mit der Notverordnung vom 28. Februar 1933, die am Tage nach dem Reichstagsbrand wichtige Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte, und dem Ermächtigungsgesetz, mit dem am 23. März der Übergang zur Diktatur besiegelt worden ist. Dem folgte der erste reichsweite Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April und dann die Verbrennung der so bezeichneten „Schund- und Schmutz-Literatur“ am 10. Mai 1933. Diese Bücherverbrennung, an die hier vor allem erinnert werden soll, war der Schlusspunkt einer schon Anfang April eingeleiteten Aktion „Wider den undeutschen Geist“, die unter Beteiligung des NS-Chefpropagandisten Joseph Goebbels vor allem vom Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund vorbereitet und durchgeführt wurde. Eingeleitet wurde diese Aktion mit der reichsweiten Plakatierung von zwölf Thesen, in denen die „Positionen und Ziele der Aktion“ »

Denkmal des israelischen Künstlers Micha Ullman zur Erinnerung an die Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz in Berlin.

Foto: Charlotte Nordahl/Wikipedia

» zusammengefasst waren und jüdische, sozialdemokratische und liberale Ideen angeprangert wurden. Eine besonders perfide These lautete: „Wir wollen den Juden als Fremdling achten und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen."

Im Rahmen dieser Aktion kam es noch im April zu einem hetzerischen Boykott jüdischer Professoren an fast allen Universitäten und einer „Reinigung" der Bibliotheken von „zersetzendem Schrifttum". Das sei – so hieß es – der Anfang der Eroberung der Universitäten durch die „geistige SA", als die sich die NS-Studentenschaften verstanden. Diese hatten immerhin bereits bei den AStA-Wahlen des Jahres 1931 44,4 Prozent der Stimmen erlangt.

Dann wurden die verfemten Bücher am Abend des 10. Mai an fast allen Universitäts- und Hochschulstädten und auch in anderen Orten im Rahmen agitatorischer Kundgebungen und in Anwesenheit großer Teilnehmerscharen ins Feuer geworfen. Allein in Berlin sahen über siebzigtausend Menschen – viele davon mit Begeisterung – zu, wie Tausende von Büchern den Flammen überantwortet wurden. Am Ende der Kundgebung hielt dort Goebbels eine seiner aufhetzenden Reden. Das Alte liege in Flammen – so sagte er – das Neue werde aus den

Foto: ArcCan/Wikipedia

Gedenkplatte auf dem Rathausplatz von Frankfurt am Main, die an die Bücherverbrennung von 1933 erinnern soll.

eigenen Herzen emporsteigen. In München gab es sogar zwei Verbrennungen. Die eine veranstaltete die Hitlerjugend schon am 6. Mai, die andere vor fünfzigtausend Schaulustigen die Studentenschaft am 10. Mai. An anderen Orten waren es ebenfalls große Zahlen von Menschen, die lebhaft zustimmten, darunter vor allem, aber nicht nur Studenten.

Den Wurf bestimmter Büchergruppen ins Feuer begleiteten überall sogenannte „Feuerrufe". Einer von ihnen lautete: „Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewusste Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus.", ein anderer: „Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist!"

Die Liste der so gebrandmarkten Autoren reichte unter anderem von Heinrich Heine und Lion Feuchtwanger über Friedrich-Wilhelm Förster, Sigmund Freud, Theodor Wolff, Georg Bernhard, Erich Maria Remarque, Alfred Kerr, Kurt Tucholsky, Arnold Zweig und Karl von Ossietzky bis hin zu Heinrich Mann und Erich Kästner, um nur einige zu nennen.

In Deutschland selbst gab es kaum Proteste gegen das, was da geschah. Und öffentlich wahrnehmbare schon gar nicht. Die Zeitungen zeigten sich begeistert. Hingegen gab es Kritik und Proteste unterschiedlichster Art aus dem Ausland. Ein Protest besonderer Art kam von Oskar Maria Graf, der damals Deutschland schon verlassen hatte und sich in Wien befand. Von dort aus protestierte er in einem Artikel, den die Wiener „Arbeiterzeitung" veröffentlichte, dagegen, dass nur sein Hauptwerk „Wir sind Gefangene" auf der Verbotsliste stand. Verbrennt auch meine anderen Bücher! verlangte er.

So weit zumindest in groben Zügen die Fakten des damaligen Geschehens. Aber was sagt dieses Geschehen uns Heutigen? Was sagt es der jüngeren Generation? Meines Erachtens sollten es die folgenden Erkenntnisse sein.

Zunächst wird deutlich, wie weit schon im Mai 1933 die Infizierung relevanter Teile der Studentenschaft, aber auch der Universitäten insgesamt mit wesentlichen Elementen der nationalsozialistischen Weltanschauung und insbesondere mit antidemokratischem und antisemitischem Denken fortgeschritten war. Hier konnte die NS-Propaganda auch auf Wurzeln zurückgreifen, die weiter zurückreichten.

Weiter erscheint es bedeutsam, dass es so gut wie keinen öffentlichen Widerspruch gab. Sicher gab es nicht wenige, denen das, was sie da erlebten, missfiel. Und die ahnten, dass sich hier ein Bruch mit guten deutschen Überlieferungen, etwa mit dem Geist der Aufklärung und des Hambacher Festes, anbahnte oder schon vollzog. Sie gab es auch unter der Professorenschaft und der Intelligenz im Allgemeinen. Aber die meisten schwiegen. Sie stellten sich der Entwicklung, vor der beispielsweise die deutsche Sozialdemokratie noch am 23. März mit ihrem Nein zum Ermächtigungsgesetz und der historischen Rede von Otto Wels gewarnt hatte, nicht entgegen. Sie erkannten wohl auch nicht, wo diese Entwicklung enden würde. Dabei hatte das Heinrich Heine schon 1821 in seiner Tragödie „Almansor" klar vorausgesagt. „Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen!" heißt es da.

Es ist nicht meine Absicht, über die, von denen ich jetzt gerade sprach, im Nachhinein ein Urteil zu fällen. Ich weiß ja auch nicht, wie ich mich verhalten hätte, wenn ich damals nicht erst sieben Jahre alt, sondern schon ein Student gewesen wäre. Aber es ist unsere Pflicht, die Erinnerung an das Geschehene wach zu halten und daraus Folgerungen für unser eigenes Verhalten abzuleiten.

Erinnern sollten wir uns an die Verbrechen des NS-Gewaltregimes und gerade auch an das, was diesen Verbrechen vorausging. Also auch an die Bücherverbrennung. Einige Mahnmale und Gedenktafeln gibt es. So in Berlin, in Frankfurt, in Hamburg, in Essen, in Köln, in Bremen, Düsseldorf, Erlangen und in Landau. Es wäre gut, wenn es noch mehr davon gäbe. Etwa in München am Königsplatz.

Aus all dem sollten wir lernen, dass wir bereits den Anfängen wehren müssen. Sonst könnte es wiederum einmal zu spät sein. Also antisemitische, ausländerfeindliche Redensarten und Parolen nicht hinnehmen, sondern ihnen vernehmbar widersprechen. Bei neonazistischen Aufmärschen nicht wegschauen, sondern dagegen halten. Und nicht einfach sagen „Die da oben" oder „Man" müsse etwas tun, sondern selber handeln. Denn jeder ist dafür mit verantwortlich, dass das Vergangene nicht noch einmal, dass es nie wieder geschieht! ■

Dr. Hans-Jochen Vogel ist Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Beate Lehr-Metzger

„Keine Kameraden“

Im Jahre 2011 habe ich nach zweijähriger Arbeit den Dokumentarfilm „Keine Kameraden“ fertiggestellt. Der Film handelt vom Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Winter 1941/42. Nach anfänglichen Versuchen, das ZDF für dieses Projekt zu gewinnen, beschloss ich 2009, mich alleine auf diese Entdeckungsreise zu begeben, an deren Ende der Film „Keine Kameraden“ stand. Lediglich mit der Unterstützung meines Mannes Peter Metzger und meiner Mitarbeiterin Claudia Santibanez gelang es nach einer sehr nervenaufreibenden Zeit, dieses Projekt zu einem positiven Ende zu bringen. Erstmals wird „Das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Winter 1941/42“ in einer Dokumentation aufgearbeitet.

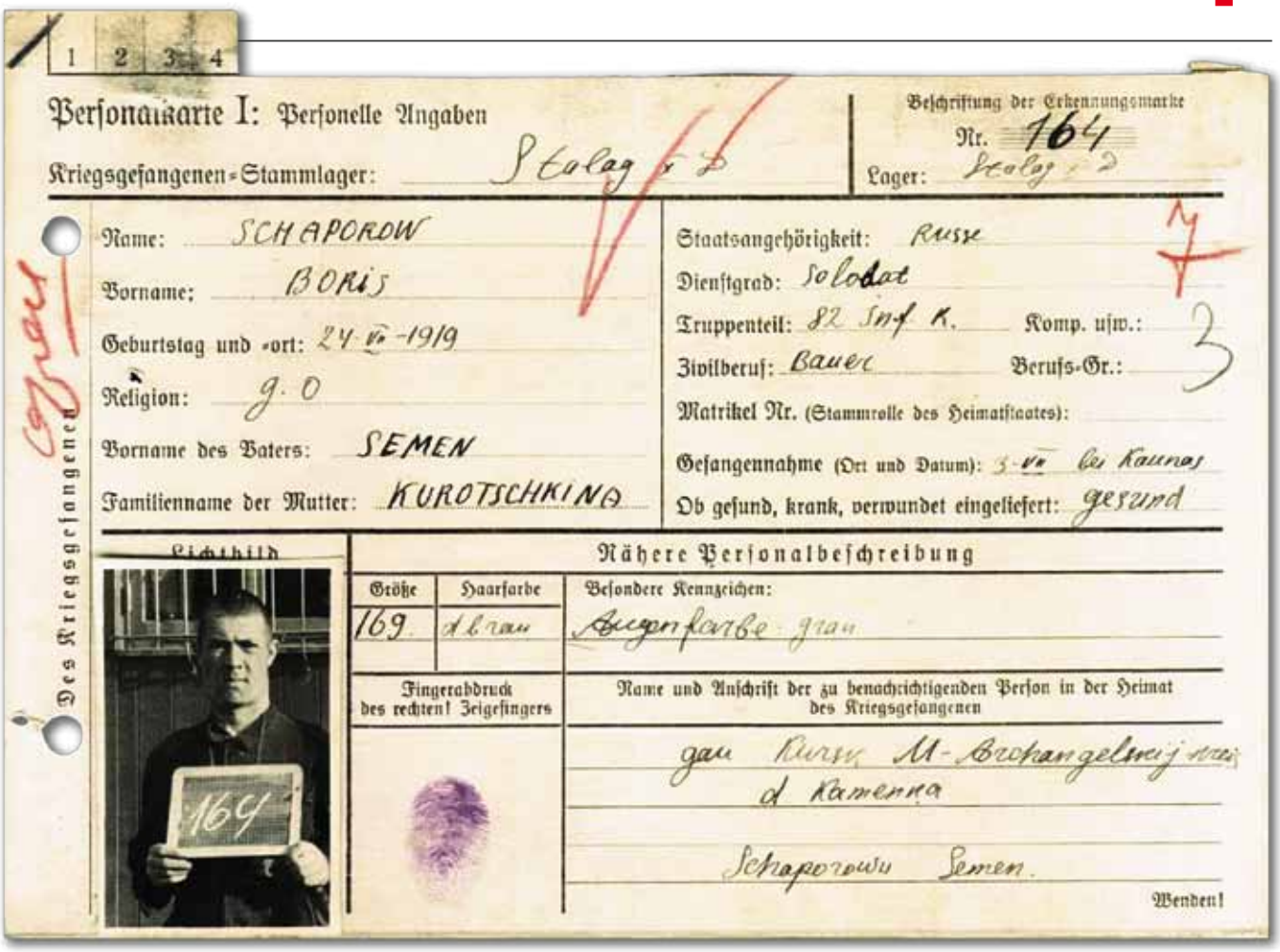
Allein von den 3,5 Millionen sowjetischen Gefangenen aus dem Jahre 1941 waren bis zum Frühjahr 2 Millionen gestorben: Erschossen, verhungert, erfroren, Opfer der NS-Vernichtungsmaschinerie, die im Sommer 1941 über die Sowjetunion hereinfiel. Dieses Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen ist neben dem Völkermord an den europäischen Juden eines der furchtbarsten Kapitel des Zweiten Weltkrieges und bis heute weitgehend tabuisiert.

„[...] der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad […]“ lautet Hitlers Devise über den Umgang mit den Kommunisten in seiner Rede vom 30. März 1941 vor den Befehlshabern und Stabschefs des Ostheeres. Die Bestimmungen der Genfer Konvention werden für diesen Feldzug weitgehend ausgesetzt. Durch die Blitzkriegsstrategie des NS-Regimes macht die Wehrmacht bereits in den ersten Monaten nach dem Überfall auf die Sowjetunion Millionen Gefangene. Ab Juli 1941 beginnt die Deportation gefangen genommener sowjetischer Soldaten nach Deutschland. In dieser Zeit sind die Gefangenenlager noch nicht einmal im Ansatz fertiggestellt. Bis November 1941 werden rund 100.000 Gefangene zu den Gefangenenlagern in die Lüneburger Heide, wie beispielsweise Wietzendorf, gebracht. In diesen provisorischen Lagern finden die Kriegsgefangenen keine festen Unterkünfte, sondern nur Wachtürme und Stacheldraht vor.

Sie hausen in Erdlöchern bei völlig unzureichender Verpflegung, so dass sie in ihrer Not die Rinde von den Bäumen essen.
Zeitzeugen wie die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen Mark Tilewitsch und Michael Levin, Hinterbliebene und renommierte Wissenschaftler wie Professor Dr. Hans Mommsen belegen in der Dokumentation „Keine Kameraden“ dieses Kapitel deutscher Vergangenheit.

Foto: Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover.

Ein sowjetischer Kriegsgefangener, in einem der provisorischen Lager, in dem es keine festen Unterkünfte gab.



Fotos: Alexander Ten-Maaren film KG

Eine der Karteikarten, die von der deutschen Wehrmacht über jeden Kriegsgefangenen angelegt wurden und im Podolsker Militärarchiv entdeckt wurden.

Durch einen Hinweis des ehemaligen Leiters des Podolsker Militärarchivs, Oberst a.D. Viktor W. Muchin, entdecken die Historiker Dr. Rolf Keller und Dr. Reinhard Otto in diesem Militärarchiv Karteikarten, die von der deutschen Wehrmacht über jeden Kriegsgefangenen angelegt wurden. Diese Karteikarten ermöglichen die Rekonstruktion des Schicksals jedes einzelnen, nach Deutschland deportierten, sowjetischen Soldaten.

Auch Nicolai Kurilow war einer von ihnen. Nach seiner Gefangennahme im Oktober 1941 verliert seine Familie jede Spur von ihm. Das Schicksal von Nicolai Kurilow wird aus der Perspektive seiner Nichte Evgenia erzählt und mit Hilfe von Briefen und Unterlagen belegt. Nicolai Kurilow stirbt am 21. Januar 1942 auf Langeoog. Er ist einer von insgesamt 2 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die von Juni 1941 bis April 1942 in deutscher Gefangenschaft sterben. Insgesamt fallen im Zweiten Weltkrieg von 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen 3,5 Millionen Hunger, Kälte und Misshandlung zum Opfer.

Leider konnte sich bisher kein deutscher Sender für diesen Film begeistern. Noch nicht einmal für den schlechtesten Sendeplatz hielt man den Film oder das Thema für geeignet.

Im Gegensatz dazu wurde der Film im Oktober 2012 mit der Unterstützung des ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew in ganz Russland über alle Zeitzonen hinweg im staatlichen Fernsehen Kultura gezeigt. Anschließend wurde eine Podiumsdiskussion, an der namhafte russische Historiker, wie beispielsweise Herr Witalij Dymarskij, und ich selbst teilnahmen, ausgestrahlt. Der Erfolg war für mich überwältigend. Von überall aus Russland gab es anschließend äußerst positive Reaktionen. Auch Eberhard Radczuweit von Kontakte e.V bekam aus Sibirien Briefe ehemaliger Kriegsgefangener, die sehr berührend waren. Besondere Wertschätzung meiner Arbeit bekundeten auch anerkannte Historiker wie Prof. Hans Mommsen und Prof. Manfred Messerschmidt, Dr. Andreas Frings (Uni Mainz) sowie Dr. Christian Streit. ■

Fotos: Alexander Ten-Maaren film KG

Das Foto von Nikolaj Kurilow, das im Film rekonstruiert wird. Das Bild unten links zeigt das Grab von Nikolaj Kurilow, der am 21. Januar 1942 auf Langeoog starb.

Beate Lehr-Metzger ist Journalistin und Regisseurin und wurde im November 2012 in Augsburg von der Stiftung Erinnerung Lindau mit dem Marion-Samuel-Preis ausgezeichnet.

Julia Wolrab

„Täter, Opfer, Jedermann“

‚DDR-Zeitzeugen‘ im Spannungsfeld von Aufarbeitung, Historisierung und Geschichtsvermittlung

Am 14. und 15. Februar 2013 diskutierten in den Räumen des Potsdamer Hauses der Natur sowie im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Geschichtswissenschaft, Geschichtsdidaktik und der Bildungspraxis über Chancen, Risiken und Perspektiven in der Arbeit mit Zeitzeugen sowie den Stellenwert der Oral History in der gegenwärtigen bundesdeutschen Erinnerungslandschaft.

Zeitzeugenberichte sind aus der heutigen Museums- und Gedenkstättenlandschaft kaum mehr weg zu denken: Als unter Ausstellungsmachern und Besuchern gleichermaßen beliebte Medien der Geschichtsvermittlung befördern sie eine empathische, zuvörderst emotionale Auseinandersetzung mit der durch sie erzählten Geschichte. So verwundert es mitnichten, dass auch Medienvertreter in ihren Histotainment-Produkten äußerst ungern auf die auratische Wirkung lebensnaher Zeitzeugen-Schilderungen verzichten. Völlig unbefangen lässt sich bereits vor diesem Hintergrund konstatieren: Zeitzeugenberichte haben Konjunktur.

Warum ist das so? Und wie gehen Wissenschaft, Bildungspraxis und Öffentlichkeit mit der schon oft beschriebenen Grauzone zwischen emotionaler Überwältigung und multiperspektivischer Geschichtsdarstellung um? Welche signifikanten Unterschiede bestehen darüber hinaus in der Arbeit mit Zeitzeugen zur NS-Geschichte im Gegensatz zum Umgang mit Zeitzeugen zur deutsch (-deutschen) und DDR-Geschichte? Und schließlich: Wer darf eigentlich Zeitzeuge sein? Täter? Opfer? Jedermann? Auf diese und viele weitere die Wissenschaft der Oral History betreffende Fragen wurde im Rahmen der Potsdamer Tagung versucht, Antworten zu finden.

Dass Zeitzeugenberichte heute einen wesentlichen Teil historiographischer wie erinnerungskultureller Praxis darstellen, ist auf eine schrittweise Entwicklung und Ausdifferenzierung im Umgang und Einsatz von Zeitzeugen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen.

Eines der ersten Zeitzeugenarchive machte es sich zur Aufgabe, die Stimmen jüdischer Überlebender des Holocaust zu sammeln und ist nach Prof. Dr. Martin Sabrow, Historiker und stellvertretendem Direktor des ZZF, bereits für das Jahr 1954 in Yad Vashem belegt. Eine flächendeckende Auseinandersetzung mit Berichten von Überlebenden des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges hätte indes erst im Rahmen der strukturgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in den 1970er Jahren und der damit verbundenen Forderung nach dem Ende eines kollektiven Beschweigens der Vergangenheit eingesetzt. Nach der Friedlichen Revolution und dem Ende des SED-Regimes avancierten Zeitzeugen letztlich auch zu geschichtskulturellen und pädagogischen Protagonisten in der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte der SED-Diktatur.

Eine zentrale Hypothese der Tagung bestand vor diesem Hintergrund in der Annahme, die Arbeit mit Zeitzeugen zur DDR- und (deutsch)-deutschen Geschichte bringe andere Voraussetzungen, Potenziale und Probleme mit sich als die Auseinandersetzung mit der NS-Zeitzeugenschaft. Martin Sabrow benannte als wesentliches Distinktionsmerkmal unter anderem die Tatsache, dass Zeitzeugenberichte zur DDR-Geschichte noch keinem stabilen Deutungsrahmen unterliegen würden, unterschiedliche Gedächtnisse zur DDR-Geschichte deshalb um Deutungshoheit konkurrieren.

Die bereits durch den Titel der Veranstaltung angedeutete Täter-Opfer-Dichotomie und die in diesem Zusammenhang diskutierte Forderung eines Verzichts auf feste Rollenzuschreibungen zugunsten einer möglichst unmittelbaren Geschichtsvermittlung bestimmten gleich mehrere Diskussionen während oder am Rande des Tagungscurriculums. Die Frage nach der Visualisierung einer

„Täter"-Perspektive, vor allem im Bereich der Geschichtsvermittlung in Gedenkstätten zur SED-Diktatur, ist dabei nach wie vor äußerst umstritten. Als Leerstelle der Oral History und ihrer Vermittlung wurde die bislang weitgehend defizitär behandelte Wirtschaftsgeschichte sowie kultur- und geschlechterspezifische Themen zur DDR-Geschichte benannt.

Einen interdisziplinären Einblick in psychologische Grundlagen der praktischen Zeitzeugenarbeit bot der Themenbereich „Sensible Begegnungen – Zeitzeugenarbeit mit Opfern der SED-Diktatur", in dem die Vortragenden auf das Gebot der besonderen Sorgfalt im Umgang mit den Zeitzeugen abhoben sowie für traumatische Strukturen in der Interaktion zwischen Zeitzeugen und Rezipienten sensibilisierten.

Nachdem der erste Tagungstag durch eine öffentliche Veranstaltung im Filmmuseum Potsdam beschlossen wurde, in der Beispiele des Umgangs mit Zeitzeugen in Kunst und Medien aufgezeigt und diskutiert wurden, konnten die theoretischen Ausführungen der Vortragenden am zweiten Tag durch interaktive Workshops zu den Themen „Spannungsreiche Dialoge – Zeitzeugengespräche und -projekte in der historisch-politischen Bildungspraxis" sowie „Oral History 2.0. – Medialisierung und Präsentation von Zeitzeugen" von den Teilnehmenden um wichtige Aspekte erweitert werden.

Ulrike Poppe, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sprach auf der Tagung über Zeitzeugenarbeit mit Opfern der SED-Diktatur.

Ausgangspunkt der Tagung, federführend veranstaltet vom Verein „Zeitpfeil – Studienwerk Berlin/Brandenburg im Politischen Arbeitskreis Schulen", waren die Resultate des von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung geförderten Praxisforschungsprojektes „Arbeit mit Zeitzeugen in der außerschulischen Bildung". Noch 2013 wird dazu ein Handbuch erscheinen, in das auch die Ergebnisse der Tagung einfließen werden. ■

Vertiefende Informationen sind bereits heute über das Online-Portal „Arbeit mit Zeitzeugen": http://www.arbeit-mit-zeitzeugen.org/ abrufbar.

Julia Wolrab ist Studentin des Masterstudiengangs Public History an der FU Berlin und studentische Mitarbeiterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Fotos: A. Trunschke, © Zeitpfeil e.V.

Geschichte vermitteln in einer heterogenen Gesellschaft

Geschichte ist in. Sie kommt in Dokumentationen und Spielfilmen zur besten Sendezeit ins Wohnzimmer. Sie ist im Internet rund um die Uhr und dank der Smartphones inzwischen auch mobil an fast jedem Ort der Erde verfügbar. Aber auch jenseits der digitalen Welt sind wir umgeben von Geschichte. Buchhandlungen voller historische Romane, Geschichtsbücher und Lebenserinnerungen. Geschichtsmuseen und Gedenkstätten gibt es in allen Regionen Europas, und vielerorts finden sich Denkmäler und Informationstafeln zu historischen Persönlichkeiten und Ereignissen.

Auf der anderen Seite hat das Fach Geschichte im Kanon der Unterrichtsfächer immer wieder gegen drohenden Bedeutungsverlust zu kämpfen. Bei Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe zählt Geschichte oft zu den unbeliebtesten Fächern Nicht nur sie fragen sich, warum sie „das alte Zeug" in unserer modernen Welt noch lernen sollen. Die Zweifel an der sofortigen praktischen Verwertbarkeit von Geschichtskenntnissen für den (Berufs-)Alltag sind durchaus verständlich. Denn anders als z.B. in den Naturwissenschaften, in denen bestimmte Gesetzmäßigkeiten grundsätzlich immer so funktionieren, ist der Gegenstand von Geschichte weder heute noch in Zukunft gültig. Er ist zunächst einmal Vergangenheit. Geschichte ist auch nicht im Experiment wiederholbar. Keine gelungene Revolution lässt sich genauso zum zweiten Mal durchführen. Auch zur Lösung aktueller politischer Fragen hilft Geschichtswissen nicht zwingend. Zwar lassen sich z. B. für die aktuelle Situation in Syrien genügend ähnliche historische Beispiele finden. Die Frage aber, ob der Westen in den Konflikt zwischen Regierung und Opposition eingreifen sollte, lässt sich allein durch die Anwendung von Geschichtswissen nicht beantworten.

Was kann Geschichtsvermittlung?

Aus der Beschäftigung mit Geschichte lässt sich aber erfahren, wie die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die Bedingungen, Abhängigkeiten und Probleme unserer Zeit entstanden sind. Auch die Prägungen unseres direkten Umfelds, dieser zwei Quadratkilometer Erfahrungsraum, in denen sich trotz gestiegener Mobilität das tägliche Leben der meisten Menschen abspielt, lassen sich historisch erklären. Geschichtsvermittlung verhilft Lernenden zu einer Orientierung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und macht Zeit erfahrbar. Dabei wird auch deutlich, dass Geschichte zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Gruppen anders betrachtet wurde, dass auch heute die Betrachtung der Vergangenheit aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven erfolgt und unterschiedliche Deutungen und Schlussfolgerungen möglich sind. Geschichte ist nicht ausschließlich die Wiedergabe von Tatsachen aus der Vergangenheit im Sinne eines „so war es", sondern ist immer schon konstruiert, ist Vergangenheitsdeutung aus gegenwärtiger Perspektive. Die Einsicht in den Konstruktionscharakter von Geschichte geht einher mit der Erkenntnis, dass sich Gegebenheiten verändern und vor allem verändern lassen. Zum einen kann die eigene Eingebundenheit in historische und gesellschaftliche Prozesse, z.B. in den Prozess der Migration und der steigenden Mobilität, wahrgenommen werden und dazu führen, Normvorstellungen nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als historisch gewachsen zu hinterfragen. Zum anderen kann dem bei Schülerinnen und Schülern verbreiteten Gefühl, Gesellschaft nicht selbst gestalten zu können, entgegnet werden. Dies ist ein erster Schritt hin zu gesellschaftlicher und politischer Teilhabe am Gemeinwesen.

Viele Jugendliche fragen sich, wo sie herkommen, was sie geprägt hat oder warum sie sind, wie sie sind. Historisches Wissen, das die Pluralität unserer Gesellschaft wiedergibt, kann diesen Entwicklungsschritt eines Jugendlichen unterstützen und fördern.

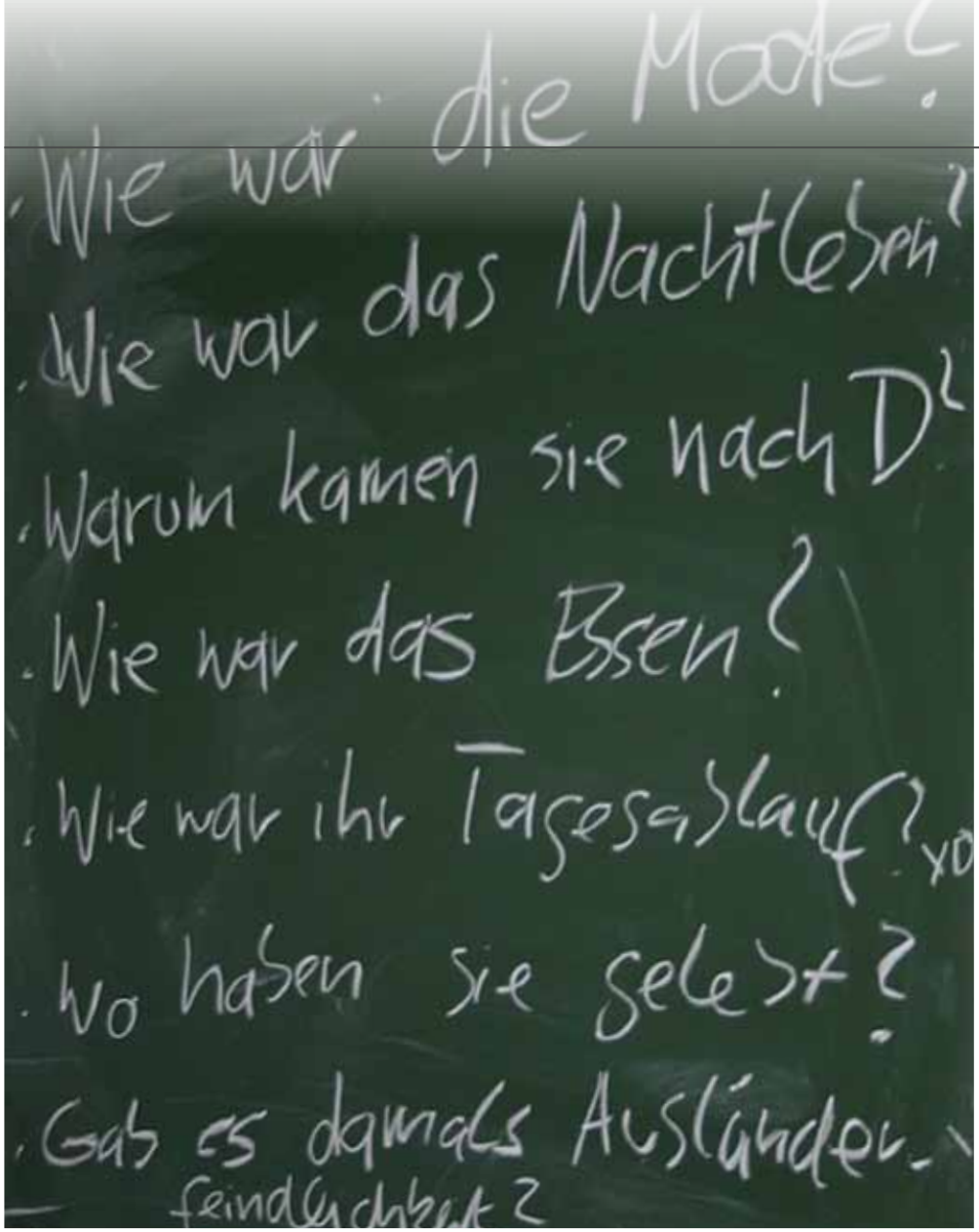
Heterogenität – eine Herausforderung für die Geschichtsvermittlung

Damit Geschichtsvermittlung im Unterricht oder in der außerschulischen Bildung zu diesen Erfolgen führt, muss sie auf gesellschaftliche Veränderungen selbst reagieren und darf ihre Adressaten nicht aus dem Blick verlieren. Sieht man sich in deutschen Klassenzimmern um, so wird eine wesentliche Veränderung der Gesellschaft der letzten 50 Jahre schnell deutlich: nie war die Schülerschaft so heterogen wie heute. Die Schülerinnen und Schüler bringen heute sehr unterschiedliche Lernvoraussetzungen, differenziertes Vorwissen, verschiedene Familiennarrative und eigene Erfahrungen mit. Zwar gab es schon in den 1950er Jahren keine völlig homogenen Schülergruppen. Auch damals unterschieden sich Lernende voneinander durch Faktoren wie z.B. Geschlecht, kulturelle, soziale und religiöse Hintergründe oder unterschiedliche Begabungen. Auch heute fällt die Heterogenität der Lerngruppen je nach Region und Schulart unterschiedlich aus, aber insgesamt ist feststellbar: Lerngruppen sind heute grundsätzlich heterogen zusammengesetzt, weil unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht differenzierter geworden ist. Einer der Gründe für diese Heterogenität ist die gestiegene Mobilität, die zur Durchmischung von Sozialräumen führt. Heute macht fast jeder Mensch die Erfahrung von Weggehen und Ankommen. Migration ist ein wesentliches Merkmal unserer Gesellschaft geworden.

Wissenschaftliche Bücher zur politisch-historischen Bildung in einer Migrationsgesellschaft gibt es schon. Praktische Vorschläge für Unterricht und Projektarbeit enthält der neue Materialienband „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft.

Foto: Dennis Riffel

Foto: Dennis Riffel



Fragen aus einem Workshop zur Migrationsgeschichte.

Während der Binnenmigration, d.h. der Wanderungsbewegung in den Staatsgrenzen, vergleichsweise wenig öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet wird, werden Abwanderungsprozesse, vor allem aber die Einwanderung nach Deutschland, immer wieder diskutiert. Der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen, z.B. als Arbeitsmigranten oder als Flüchtlinge, hat auch in der jüngeren Geschichte immer wieder Ängste in breiten Kreisen der Bevölkerung geweckt und lässt sich auch heute noch politisch instrumentalisieren. Seit der Debatte um das Staatsangehörigkeitsgesetz zu Anfang der 2000er Jahre und mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 ist aber unbestritten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und wir in einer Migrationsgesellschaft leben. Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist vielfältig und prägt unsere Gesellschaft. Migranten gehören unterschiedlichen Milieus und gesellschaftlichen Schichten, verschiedenen Kulturkreisen sowie verschiedenen politischen und religiösen Überzeugungen an. In der Lebensrealität der Adressaten von schulischer und außerschulischer Geschichtsvermittlung ist diese Vielschichtigkeit und Heterogenität von Herkünften und Zugehörigkeiten stets präsent. Diese Heterogenität ist eine Herausforderung für die Geschichtsvermittlung, die es notwendig macht, nicht nur nach neuen Methoden und Konzepten zu suchen und zu fragen, sondern auch die Ziele und Inhalte der Vermittlung auf den Prüfstand zu stellen. Ziel ist die Entwicklung eines dynamischen Geschichtsbildes, das die Orientierung in einer pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. In diesem Sinne kann Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft auch einen Beitrag zur Integration leisten, wenn diese nicht als Einbahnstraße vom Eingewanderten in die Gesellschaft verstanden wird, sondern als Gesamtleistung einer Migrationsgesellschaft, die Anerkennung, Teilhabe und Gleichberechtigung nicht nur ermöglicht, sondern auch zu den Fundamenten ihrer Politik, vor allem auch ihrer Bildungspolitik, macht.

Dieser Text ist der Einleitung des Materialienbandes „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft" entnommen, der von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in der Reihe „Themen und Materialien" veröffentlicht wurde. Der Band, bestehend aus zehn Themenfeldern mit insgesamt 46 Bausteinen für Unterricht und Projektarbeit soll Pädagogen helfen, deutsche Zeitgeschichte in heterogen zusammengesetzten Lerngruppen zu vermitteln. ■

Produktinformation:

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft
46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung

Bonn 2013 ■ Bestellnummer: 2485 ■ Bereitstellungspauschale: 7,00 €
www.bpb.de/152618

Die ungekürzte Einleitung zum Materialienband „Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft" ist unter dem angegebenen Link als PDF-Dokument abrufbar.

Gedenken in der Rosenstraße

Am 27. und 28. Februar vor 70 Jahren wurden mehrere tausend jüdische Männer aus Berlin in ihren Wohnungen oder am Arbeitsplatz verhaftet. Für ungefähr 5000 von ihnen endete die Verhaftungswelle mit der Deportation in die Vernichtungslager. Ca. 2000 der Männer, die mit nichtjüdischen „arischen" Frauen verheiratet waren, wurden in der Rosenstraße in Berlin-Mitte inhaftiert. Vor dem Gebäude der jüdischen Sozialverwaltung demonstrierten die Ehefrauen mehrere Tage für die Freilassung ihrer Männer.

An den Protest der Ehefrauen und die „Fabrikaktion" gegen die noch vorhandenen jüdischen Arbeitskräfte der Stadt erinnerte ein Initiativkreis, dem auch Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. angehört, am 28. Februar 2013 mit einer Gedenkstunde. Zuerst versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Gedenkstein in der Großen Hamburger Straße und zogen dann gemeinsam weiter zum Denkmal in der Rosenstraße, das an die Ereignisse im Februar 1943 erinnert. Dort sprach u.a. der Kulturstaatssekretär Berlins, André Schmitz. Er betonte den Mut der Frauen, die für die Freilassung ihrer Ehemänner protestierten und rief außerdem dazu auf, sensibel zu sein für heutige Ausgrenzungstendenzen.

Im Anschluss an die Gedenkstunde fand ein von Thomas Heppener, dem Direktor des Anne Frank Zentrums in Berlin moderiertes Generationengespräch mit der Zeitzeugin Ruth Recknagel, der Schauspielerin Katja Riemann und der Schülerin Kathrin Pham statt. Zwischen den verschiedenen Programmpunkten trugen Schülerinnen der Evangelischen Schule Berlin Zentrum Zeitzeugendokumente vor. ■

Das Denkmal in der Rosenstraße am 28. Februar 2013.

Foto: Dennis Riffel

RAG Augsburg-Schwaben

Rainer Eisfeld

Wernher von Braun: Täter der „Generation des Unbedingten“

KZ-Insassen montierten unter mörderischen Bedingungen die V 2 – von Braun plante Häftlingszahlen, wählte Zwangsarbeiter aus

Während der 1960er und 1970er Jahre wurde Wernher von Braun (1912–1977) gefeiert als „Kolumbus des Weltraums“ und „Visionär des Alls“. Nachdem die Apollo-Kapsel 1969 den Erdtrabanten erreicht hatte, profitierte er wie kein anderer von den Lorbeeren dieses Menschheitsabenteuers: Schließlich hatten unter seiner Leitung die „alten Peenemünder“ nicht bloß die V2 (ursprünglich Aggregat 4-A4 genannt), sondern auch die Trägerrakete Saturn konstruiert, die Apollo zum Mond beförderte.

Was die NS-Zeit betraf, gehörte die Rolle des unpolitischen Fachmanns zu dem verbreiteten Bild von Brauns. Mochte er auch mit seinem Team eine Terrorwaffe für die Nazis gebaut haben: Wichtiger schien, dass hier gute Deutsche „der wissenschaftlichen Erforschung der Welt ein unerschöpfliches Betätigungsfeld“ erschlossen hatten (von Braun 1963). Tauchten doch einmal Fragen auf nach den mörderischen Umständen, unter denen im unterirdischen Mittelwerk bei Nordhausen KZ-Häftlinge des Lagers Mittelbau-Dora als Zwangsarbeiter die V2 montiert hatten, so wurden sie abgebogen mit dem Hinweis auf die behauptete Alleinzuständigkeit der SS.

Dieses retuschierte Bild hat das Denken mehrerer Generationen bestimmt. Die Legende konnte sich so hartnäckig halten, weil sie durch Peenemündes einstigen Kommandeur Walter Dornberger, durch von Braun selbst, durch Ingenieure und Publizisten jahrzehntelang verbreitet wurde. Alle Tatbestände, die der Legende widersprachen, wurden systematisch vertuscht und verschwiegen.

Dem Mythos nach ging es um eine deutsche Erstleistung, auch zwischen 1933 und 1945, auf die man in aller Welt zurückgreifen musste. Den Konstrukteuren half er, als bedeutende Persönlichkeiten der Zeitgeschichte zu bestehen. Er verklärte die Wirklichkeit. Einem ganzen Volk erlaubte er, sich in solcher Verklärung wiederzuerkennen.

Doch seit den 1980er Jahren begann die sorgsam gepflegte Legende unter dem Gewicht immer neuer Indizien zu bröckeln. Archivalische Unterlagen wurden zugänglich, entsprechende Forschungen möglich. Sie haben folgende Resultate erbracht:

■ **1937** zum technischen Direktor der Heeresversuchsstelle Peenemünde (HVP) ernannt, trat Wernher von Braun im selben Jahr in die NSDAP, 1940 auch in die SS ein. Himmler beförderte ihn

Quelle: Archiv Eisfeld

„Gruppenbild mit Führer“, aufgenommen bei Hitlers Besuch des Artillerieschießplatzes Kummersdorf bei Berlin, am 23. März 1939. Oben Mitte: Wernher von Braun; vorn rechts, 2. Reihe: Walter Dornberger.

Ende Juni 1943 bei einem Besuch in Peenemünde zum Sturmbannführer (Major). Ein Foto dieses Besuchs zeigt von Braun in SS-Uniform.

■ **Seit 1939** erfolgte die zusätzliche Errichtung einer Fertigungsstelle Peenemünde (FSP) für die künftige Serienmontage der Rakete. Als technischer Direktor eingesetzt wurde Arthur Rudolph,

»

Foto: NASA/Wikipedia

Wernher von Braun im Marshall Space Flight Center (Mai 1964)

» der bereits 1931 der NSDAP beigetreten war. Im September 1941 vereinbarten von Braun und Rudolph Grundsätze einer Zusammenarbeit, die von Brauns abschließende Zuständigkeit auch bei Fertigungsfragen festlegten.

■ **Im Dezember 1942** gründete Bewaffnungsminister Albert Speer zur Steuerung der Serienmontage den Sonderausschuss A 4, bestehend aus 21 Arbeitsausschüssen. Ende Januar 1943 wurde von Braun an die Spitze des Arbeitsausschusses „Endabnahme" berufen. Diese Funktion schloss wiederum seine Befassung mit Fragen der Serienfertigung ein.

■ **Mitte April 1943** empfahl Arthur Rudolph den Einsatz von KZ-Häftlingen bei der Serienmontage; am 2. Juni übergab er gemeinsam mit Offizieren des Heereswaffenamts dem Sonderausschuss A 4 eine entsprechende Anforderung. Mitte Juni trafen aus dem KZ Buchenwald die ersten 200, Mitte Juli die nächsten 400 Häftlinge ein. Sie wurden in der Fertigungshalle F 1 provisorisch untergebracht und mussten einen Drahtverhau um die Halle ziehen, der elektrisch geladen wurde.

■ Nach dem britischen Luftangriff auf Peenemünde **Mitte August 1943** wurde die Untertageverlagerung der Raketenmontage beschlossen. Am 25. August tagte eine Runde leitender Konstrukteure unter Vorsitz Wernher von Brauns und fasste die weitere „Nutzung" der vorhandenen KZ-Häftlinge ins Auge: „Die Belegschaft für…Mittelteile- und Heckfabrikation könnte aus dem Häftlingslager F 1 gestellt werden."

■ Laut eigener Aussage betrat von Braun am **8./9. Oktober 1943** die unterirdischen Stollen des künftigen Mittelwerks, in denen die dort eingesetzten Häftlinge monatelang ohne Ventilationsanlagen und Waschmöglichkeiten vegetieren mussten. 4 Wochen später, am 12. November, unterbreitete er als Leiter des Arbeitsausschusses „Endabnahme" Zahlen für die Ausbeutung weiterer Häftlinge in zwei – zur Triebwerksprüfung bestimmten – Werken mit den Tarnbezeichnungen Schlier (Redl-Zipf) und Mitte (Lehesten): „… dürfte ein Zahlenverhältnis von Häftlingen zu deutschen Fachkräften von 2:1 bis auf weiteres nicht zu unterschreiten sein …, so dass durch den Häftlingseinsatz für Mitte und Schlier 360 minus 120 = 240 Mann eingespart bleiben … Ich bitte Sie, bei ihrer endgültigen Entscheidung vorstehende Unterlagen zu berücksichtigen." An beiden Orten starben, Abtransporte Invalider und Schwerkranker in andere Lager nicht gerechnet, während der nächsten knapp anderthalb Jahre fast 800 Häftlinge.

■ Schließlich der Schritt zur physischen Mittäterschaft: Um „die gute fachtechnische Vorbildung" verschiedener Häftlinge zu nutzen, schrieb von Braun am **15. August 1944**, habe er sich im KZ „Buchenwald einige weitere geeignete Häftlinge ausgesucht" und bei dem Kommandanten, „ihre Versetzung ins Mittelwerk erwirkt." Versetzung ins Mittelwerk hieß Abtransport ins Lager Mittelbau-Dora. Der Journalist Bernd Ruland zitierte von Braun 1969 mit der Aussage: „Sehr viele dieser Häftlinge befanden sich in einem furchtbaren Ernährungszustand. Ich will und darf das in keiner Weise bestreiten."

Der Charme von Brauns, seine Überzeugungs- und Organisationsfähigkeit machten nur die eine Seite seines Charakters aus. Die andere, die sich aus den Dokumenten erschließt, war eine technokratische Rigorosität, eine unbedingte Fixiertheit auf die „Meisterung" der Aufgaben, mit denen er sich identifizierte. Von Braun im März 1945 an SS-Gruppenführer Hans Kammler zu dem Vorschlag, Rüstungsfirmen in den von Flüchtlingen überfüllten Raum Nordhausen zu verlagern: Eine völlige Evakuierung der Flüchtlinge sei zwar unmöglich. „Sie dürfte bei Anwendung härterer Maßnahmen jedoch zum Teil möglich sein."

Rainer Eisfeld, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück, gehört Gegen Vergessen – Für Demokratie an und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora.

Als Neuausgabe, mit neuem Vor- und Nachwort, erschien 2012 beim Verlag zu Klampen sein Standardwerk „Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei" (zuerst Rowohlt 1996 und 2000).

Von Brauns Unbedingtheit fand ihre Mittel in einem System, das die Durchbrechung zivilisatorischer Grenzen freigab, ja regelrecht dazu ermunterte. Denen, die sich mit ihm einließen, eröffnete das NS-Regime – so der Historiker Michael Wildt, von dem auch der Begriff „Generation des Unbedingten" stammt – einen inhumanen „Möglichkeitshorizont". Damit einher ging eine von rechtlichen Normen und moralischen Schranken zunehmend „entgrenzte" Handlungspraxis. Diese Praxis schloss nicht bloß den rassistisch definierten Entwurf einer neuen „Ordnung" ein. Sie konnte, wie das Beispiel Peenemünde demonstriert, auch die Verwirklichung der technologischen Vision fördern, auf noch nie dagewesene Art Menschen zu töten. Hier wartete jener Freibrief, den ein Tätertypus wie Wernher von Braun zu nutzen wusste. ■

Der Name und die Person Wernher von Braun treibt zur Zeit auch die RAG Augsburg-Schwaben um und erregt die Gemüter in Gersthofen und in Friedberg. In Gersthofen ist eine Straße nach dem umstrittenen Ingenieur und Raketenkonstrukteur benannt, in Friedberg ein Gymnasium. Dr. Bernhard Lehmann, Sprecher der RAG Augsburg-Schwaben, stellt fest: „Wernher von Braun war ein egozentrischer und gewissenloser Opportunist, den einzig und allein die Produktion von Raketen interessierte. Weder eine Straße noch eine Schule sollte nach ihm benannt sein". Zur Straßenumbenennung hat die RAG eine Online-Petition auf den Weg gebracht, die man unter folgendem Link abrufen und unterzeichnen kann: http://www.gegen-vergessen.de/regionale-ags/detailseite/article/petition-fuer-die-umbenennung-der-wernher-von-braun-strasse-in-gersthofen.html

Die RAG Augsburg-Schwaben hat auch eine Stellungnahme zum Gymnasium in Friedberg verfasst, siehe: http://www.gegen-vergessen.de/regionale-ags/detailseite/article/forderung-der-umbennnung-des-wernher-von-braun-gymnasiums-friedberg-stellungnahme-der-regaionalne-a.html

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Wolfgang Ruske

Der 27. Januar in Bad Sooden-Allendorf

Der Arbeitskreis Grenzinformation e. V. richtete zusammen mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., der Rhenanus-Schule und der Stadt Bad Sooden-Allendorf sowie der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e. V. die diesjährige Gedenkveranstaltung für die Holocaustopfer aus.

Der seit 1996 gesetzlich gewidmete bundesdeutsche Gedenktag an die NS-Opfer wurde 2005 auch durch die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt. Der 27. Januar ist dabei bewusst gewählt, wurde doch an diesem Tag im Jahre 1945 das KZ Auschwitz durch sowjetische Truppen befreit. Warum soll man ausgerechnet in oder in der Nähe eines Museums der innerdeutschen Grenz- und Teilungsgeschichte diesen NS-Opfer- und Holocaust-Gedenktag begehen? Beinhaltet das Museum nicht als wesentlichen historischen und thematischen Kern die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und bis zur Beendigung der Bi-Polarität des Ost-West-Gefüges Anfang der 90er Jahre? Müssten also für eine solche Veranstaltung nicht eigentlich die Orte prädestiniert sein, an welchen eben jene Opfer der nationalsozialistischen Despotie ihre Schmach, Pein, Demütigung und Erniedrigung erfuhren, psychisch und physisch bis auf das Äußerste drangsaliert und viele von ihnen ermordet werden sollten?

Darauf gibt es eine klare Antwort: Ja – an diesen Orten muss und soll gedacht werden. Unbedingt. Nicht nur heute, wie es zweifelsfrei in Dachau, Buchenwald, Mauthausen, Sachsenhausen, Plötzensee, in Auschwitz oder Sobibor oder auch in der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße in Berlin, dem einstigen Sitz der Gestapo, insbesondere heute passiert und täglich dort museal gedenkend geschieht. Diese Orte sind und bleiben zum Erinnern unersetzlich entscheidend wichtig.

Doch haben wir uns als aufgeklärte, zutiefst humanistische, nicht dem Vergessen anheimfallende, also der Geschichte verpflichtete und aus dieser lernende Gesellschaft dahingehend weiter entwickelt, dass wir eine Kultur des Gedenkens, Erinnerns und Mahnens pflegen können, die sich nicht ausschließlich an bestimmten räumlichen und geschichtlichen Koordinaten einer Tat, sondern an den Menschen und den Orten ihrer intensiven Begegnung, ihrer Gedanken zum Gedenken und ihres geistigen Austausches orientiert. »

» Deshalb wird auch im Bundestag, wird auch in Landtagen gedacht, die es zum Zeitpunkt der erwähnten Verbrechen noch nicht gab. Deshalb treffen wir uns auch an neu gestalteten und gewidmeten Ehrenmälern, die auf ihre Weise an einzelne Opfergruppen, wie bspw. den Sinti und Roma oder die Homosexuellen, erinnern wollen.

Es sind Orte, an denen sich unsere Zivilgesellschaft trifft und austauscht und berät und mahnt und schweigt, um die Erinnerung wach zu halten, die richtigen Lehren zu ziehen und eine wie auch immer geartete Wiederholung solchen Unrechts nicht mehr zuzulassen. Gerade das rechtfertigt den Anspruch, aber auch die große Verpflichtung und Verantwortung, an dieser Stelle und an diesem Tag sich still vor den Opfern des NS-Terrors und insbesondere des Holocaust zu verneigen und ihrer zu gedenken. Aus unserer Stadt Bad Sooden-Allendorf und anderen Orten des Werra-Meissner-Kreises wurden jüdische Mitbürger deportiert und sind durch NS-Gewalt umgekommen.

Wer über unsere Geschichte redet, darf nicht erst bei der Gründung zweier deutscher Staaten 1949, beim Volksaufstand 1953 oder beim Berliner Mauerbau beginnen. Er muss viel früher beginnen, vermutlich sogar schon bei der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg. Aber vor allem muss über Terrorapparat, Krieg und Zwangsherrschaft gesprochen werden und damit über die Opfer und natürlich über deren Befreier, also Amerikaner in Dachau und Buchenwald, russische Soldaten in Auschwitz und Briten in Neuengamme. Sie finden sich hier seit Jahren alle erwähnt und deswegen haben Opfer wie Befreier gerade am heutigen Tage einen besonderen Platz in unseren Herzen. Das erlittene Opfer mahnt uns, dass kein weiteres folgen soll und darf.

Foto: Grenzmuseum Schifflersgrund

Sprach am 27. Januar in Bad Sooden-Allendorf: Prof. Dr. Friedhelm Boll, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

Auch deshalb gedenken wir. Wir fühlen uns diesem Ideal verpflichtet und begreifen das Gedenken über den heutigen Tag hinaus als große Verantwortung. ■

Wolfgang Ruske ist erster Vorsitzender der Gedenkstätte Grenzmuseum Schifflersgrund und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Bei der Gedenkveranstaltung am Sonntag, den 27. Januar 2013 um 15.00 Uhr im Wappensaal der Stadt Bad Sooden-Allendorf lasen Schüler der Rhenanus-Schule aus dem Tagebuch der Anne Frank. Herr Bürgermeister Frank Hix und die Direktorin der Schule, Frau Christina Linke, richteten Worte des Gedenkens an die Zuhörer.

Herr Prof. Dr. Friedhelm Boll, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., zitierte u. a. beispielhaft aus Befragungen von ehemaligen KZ-Insassen. Er konnte allerdings feststellen, dass die betroffenen Personen im Gespräch mit jungen Zuhörern, denen sie ihre damalige Not, Belastung, Demütigung und ständige Angst um das eigene Leben mitteilen konnten, anschließend eine gewisse innere Beruhigung erfuhren.

Die musikalische Begleitung dieser Gedenkveranstaltung übernahmen die „Evas", einer Klezmerband aus Göttingen.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Nadine Dürr

Grußkarten aus dem KZ

Außergewöhnliche Umstände waren es, die im ehemaligen KZ-Außenlager Erzingen zum Auftauchen einer Vielzahl von Porträts, Glückwunsch- und Dankeskarten führten. Wie es dazu kommen konnte, erläuterte Immo Opfermann am 27. Januar in der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen. Seinem Vortrag lauschte auch ein Nachfahre des Zeichners Julien Lievevrouw, der sich unter die zahlreichen Besucher gemischt hatte.

„So mancher mag sich fragen: Warum gab es überhaupt ein KZ in dem kleinen Dorf Erzingen? Nun, die SS wollte ihre Ölversorgung sicherstellen und so plante man mit dem Unternehmen ‚Wüste', aus den Ölschiefervorkommen auf der Schwäbischen Alb Öl zu produzieren", erklärte Opfermann. In dem hierzu errichteten KZ tauchte bald auch Wilhelm Jordan auf: Bei den „Wüste"-Werken 4 und 5 hatte man Alamannen-Gräber entdeckt und der „Wehrgeologe" erkundete, welche Funde er für das SS-Museum auf der nordrhein-westfälischen Wewelsburg und in seine eigenen Taschen abschöpfen könnte. Der belgische Architekt Julien Lievevrouw und der jüdische KZ-Häftling Isaak Wirschup sollten ihm dabei als Zeichner in seinem Zeichenbüro zur Hand gehen. „Jordan stellte in dem Büro eine Eigengesetzlichkeit her, die die Erstellung der Grußkarten erst ermöglichte", stellte Opfermann fest. Hielt sich Jordan auf der Wewelsburg auf oder war Lagerkommandant Olesch wieder einmal betrunken, schwangen Lievevrouw und Wirschup die Feder.

Ihre Glückwunschkarten erzählen vom Überlebenswillen, von den Sehnsüchten, aber auch vom Humor der politischen Häftlinge. „Die Freiheit kommt zurück" singt aus vollster Überzeugung eine Figur auf einer Geburtstagskarte an den Blockältesten Bernard Hemmer; die Feiertagsweste, die Puschen an den Füßen und die wohlgenährte Gestalt der Figur verweisen bereits auf ein Leben nach der Gefangenschaft. Auch die starke Solidarität unter den KZ-Häftlingen spricht aus den Zeichnungen. „Immer wieder liest man hier die Worte ‚Freund' oder ‚Kamerad'", berichtete Opfermann. Der Lagerälteste Jan Albertus Cleton wird auf der Karte „Homo Homini Lupus" gar als Licht, als „Tröster und Helfer" in der barbarischen Umgebung des KZ Neuengamme dargestellt. „Gänsehaut" verursacht Opfermann auch eine Widmung auf einem Porträt des Arztes Léon Boutbien: „Deine Nadel piekst uns, Deine Schere schneidet uns, Deine Arznei macht uns gesund." Opfermann erklärte: „Boutbien schleuste die Häftlinge immer wieder durch die kleine Krankenstation, so dass sie sich erholen konnten. Das erklärt auch, weshalb es in Erzingen so wenige Tote gab." Nämlich acht an der Zahl. Dankbar erwiesen sich die Funktionshäftlinge darüber hinaus der guten Seele des Zeichenbüros: Ingeborg Ziebarth. Am Nikolaustag sorgte sie für einige Überraschungen und so

Foto: Quelle: Immo Opfermann

Dankeskarte der Häftlinge für Ingeborg Ziebarth, die im Zeichenbüro des KZ-Außenlagers Erzingen arbeitete und am Nikolaustag die Häftlinge beschenkte.

fliegt auf einer Dankeskarte an sie St. Nikolaus auf einem Ross über das KZ und streut Geschenke. „Die Zielsicherheit des Nikolaus ist beachtlich", erläuterte Opfermann schmunzelnd. „Er trifft mit den Geschenken genau in den Schornstein, wo Ingeborg Ziebarth arbeitet, die die Geschenke dann an die Häftlinge übergeben kann."

Bevor Volker Mall gemeinsam mit den Besuchern abschließend das „Moorsoldatenlied" anstimmte, wandte sich Paul Lievevrouw, der Sohn des Zeichners Julien Lievevrouw, noch an die Zuhörer: „Mein Vater hatte keinen Hass auf die historische Situ- »

Quelle: Immo Opfermann

Figur Soll Hoffnung machen: Die Geburtstagskarte an den Blockältesten des KZ-Außenlagers Erzingen, Bernard Hemmer.

» ation", bekräftigte der 62-Jährige. Zwar habe Julien Lievevrouw über die Erlebnisse in Erzingen mit seinen vier Kindern kaum gesprochen, sich dafür aber stark auf seine „alles beherrschende Zukunftsvision" fokussiert: den Wiederaufbau und das „europäische Projekt". Paul Lievevrouw, Architekt wie sein Vater, war am Sonntag mit seiner Frau Barbara eigens von Brüssel nach Tailfingen gereist, um Immo Opfermann zum ersten Mal zu begegnen und ihm für seine Arbeit zu danken.

Der Referent Immo Opfermann leitete als Lehrer an einem Balinger Gymnasium eine Geschichts-AG und forschte in diesem Rahmen zum Unternehmen „Wüste" auf der Schwäbischen Alb – das Ergebnis dieser Arbeit präsentierte eine Ausstellung, die zum ersten Mal in den ehemaligen Baracken des Oberschulamts Tübingen gezeigt wurde. Das Thema beschäftigt den Schömberger weiterhin: Er plant eine Wanderausstellung mit den Portraits und Glückwunschkarten aus dem KZ Erzingen, die im Juli auch in Tailfingen Station machen soll. ■

Der Artikel erschien zuerst im **„Gäuboten"** am 30. Januar 2013. Wir danken der Zeitung und der Autorin **Nadine Dürr** für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

■ **Buchformation:**

Immo Opfermann
Porträts und Glückwunschkarten im KZ Erzingen, 1944/1945, angefertigt von Nacht-und-Nebel-Häftlingen.
Schriftenreihe des Vereins KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen e. V., Heft 3

Preis: 6,00 € (inkl. Versand)
Das Heft ist zu beziehen bei Birgit Kipfer, Krebsbachstr.34, 71116 Gärtringen
oder per E-Mail: kipfer.rohrau@t-online.de

RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden

Wolfgang Dästner

Was kann Waldkirch von Günzburg lernen?

Zu der Exkursion der Ideenwerkstatt „Waldkirch in der NS-Zeit" am 17. November 2012 waren auch mehrere Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. eingeladen, womit wieder einmal deutlich wurde, wie gut verschiedene Organisationen ihre Arbeit koordinieren. Thema der Fahrt war ganz allgemein die Frage, wie man gegenwärtig mit der Zeit des Nationalsozialismus umgehen soll. Der Schwerpunkt aber lag bei der Problematik, wie die Stadt Waldkirch mit der Tatsache lebt, dass diese sympathische Kleinstadt die Heimat des SS-Standartenführers Karl Jäger war, dem Führer des Einsatzkommandos 3 in Litauen. Karl Jäger war der Mörder vor allem der litauischen Juden, und er muss deshalb als einer der Hauptverbrecher in der Reihe der Nazitäter angesehen werden.

Günzburg hat eine vergleichbare Geschichte vorzuweisen, denn Günzburg, diese reizende Kreisstadt an der Donau, war Geburtsort des berüchtigten KZ-Arztes Josef Mengele. Beide Städte müssen damit umgehen, dass sie zwar heute als sympathische, ja attraktive Städte gelten, dass sie aber die Schatten der Vergangenheit nicht verschweigen dürfen. Stadtarchivar Grabert als Vertreter Günzburgs konnte den Teilnehmern der Exkursion überzeugend darstellen, wie die Stadt mit diesem dunklen Kapitel umgegangen ist und weiter umgeht. So gab die Stadt einem jungen Wissenschaftler, Sven Keller, den Auftrag, den Komplex „Günzburg und der Fall Josef Mengele" zu erforschen. Zudem wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Opfer Mengeles errichtet, so dass das Fazit dieser Erkundung heißen konnte: „Die Stadt kann stolz sein auf diese Vergangenheitsbewältigung". Dass die Diskussion damit aber nicht beendet sein könne, wurde vom Stadtarchivar betont: Die Stadt fördere weiter die Gedenkarbeit in Schulen; auch die Namensgebung für Straßen und den Kindergarten nach Personen, die den Massenmörder nach dem Krieg gedeckt haben, müsse überdacht werden.

Presse und Filmdokumentatoren begleiteten die Exkursion. In der Mitte links neben Stadtarchivar Walter Grabert steht Prof. Wolfram Wette, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Mitglied der Ideenwerkstatt „Waldkirch in der NS-Zeit".

Foto: Wolfgang Dästner

beide Fotos: Wolfgang Dästner

Das Mahnmal für die Opfer des KZ-Arztes Josef Mengele, gestaltet von Schülern der Günzburger Gymnasien. Hier findet an Markttagen der Wochenmarkt statt.

Auch bei dem Besuch der Ulmer Gedenkstätte „Oberer Kuhberg", einem früheren Konzentrationslager für politische Häftlinge, stand das Thema des Umgangs mit den Tätern zur Debatte.

Eine Station der Exkursion: die Ulmer Gedenkstätte „Oberer Kuhberg", ein ehemaliges KZ für politische Gefangene.

Frau Dr. Wenge stellte die Gedenkstätte sehr lebendig dar und konnte auf alle Fragen kompetent Auskunft geben. Die Stadt Ulm beteiligt sich auch aktiv an der Erhaltung des „Oberen Kuhberg", der damit zu einem wichtigen Ort des Erinnerns wurde.

Dass Waldkirch auch stolz auf seine Bewältigung im Falle Jäger werden möge, war abschließend der Wunsch aller Beteiligten. Der Weg dahin sei aber erst anfänglich beschritten, dennoch zeigte die Anwesenheit mehrerer Stadträte, dass das Thema in der Stadt angekommen sei.

Zu danken war den Mitgliedern der „Ideenwerkstatt", Herrn Roland Burkhart und Professor Wolfram Wette, dem Autor des Buches zum Fall Jäger. Der Dank gilt auch der Stadt Waldkirch, die diese Fahrt großzügig unterstützt hat, und dem teilnehmenden Stadtarchivar Herrn Gregor Swierczyna und Frau Ilka Kern. ■

Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Baden-Württemberg, Sektion Nordbaden

Daniel Herzig und Andrea Hoffend

Stolpersteine putzen – warum?

In vielen deutschen Städten erinnern heute die Stolpersteine des Kölner Künstlers Gunter Demnig an Menschen, die Opfer der politischen und „rassischen" Verfolgungen unter der NS-Diktatur wurden: Eingelassen in die Gehsteige vor den letzten freiwillig gewählten Wohnquartieren der Verfolgten und Ermordeten, lassen die quadratischen Messingmahnmale die Vorbeigehenden zumindest optisch über die Namen und Schicksale der einstigen Hausbewohner/innen stolpern. Zumindest symbolisch geben sie ihnen auf diese Weise wieder ein Stück ihrer Identität zurück.

Mit der Zeit jedoch haben viele einstmals blitzende Stolpersteine Patina angesetzt, sind stark verdreckt und fügen sich deshalb, statt Blicke auf sich zu ziehen, unauffällig ins Grau des Straßenpflasters ein. Das ist vor allem dann der Fall, wenn ein Stein an einer abgelegenen Stelle platziert ist und sich zugleich niemand um seine Pflege kümmert. Um wieder mehr Aufmerksamkeit auf die einmal verlegten Stolpersteine zu lenken, ist daher eine Erinnerungsarbeit ganz handfester Art von Nöten. Dieser Aufgabe nimmt sich die Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seit dem Frühjahr 2012 an:

Im Rahmen samstäglicher Rundgänge haben Karlsruher Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. binnen eines Jahres im Monatsturnus alle Stolpersteine, die bislang im Karlsruher Stadtgebiet verlegt sind, aufgesucht und auf Hochglanz gebracht. Dem öffentlichen Aufruf zur Teilnahme an den Putzaktionen haben zahlreiche Bürger/innen aller Altersgruppen Folge geleistet. Zeitweise waren mehr als zwei Dutzend Personen mit Putzeimern unterwegs – darunter Aktive des Karlsruher Menschenrechtszentrums, der Bezirksgruppe von Amnesty International, der örtlichen Jusos, der örtlichen Jungen Union und der Jugendgruppe des Deutschsprachigen Muslimkreises Karlsruhe.

Über ihren sachlichen Nutzen hinaus haben die Stolpersteine-Putzaktionen viele weitere Positiveffekte gezeigt, zumal im Rahmen der Rundgänge nicht nur poliert wurde: Jeweils im Anschluss an die Reinigung jedes Steins erinnerte ein/e Teilnehmer/in an Ort und Stelle an das Leben der ihm gewürdigten Person. Auf diese Weise fand eine überaus intensive, weil in einen konkreten biografischen und lokalen Kontext gestellte Form der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und ihrer Vorgeschichte statt – sei es, dass ein Stolperstein vor dem einstigen Ladengeschäft eines Opfers verlegt war, dass sich die von ihm besuchte Schule gleich um die Ecke befand oder dass beim Aufsuchen eines anderen Steins im Rückblick familiäre und nachbarschaftliche Beziehungsgeflechte deutlich wurden.

Obwohl erst ein Bruchteil der Karlsruher NS-Opfer mit Stolpersteinen bedacht ist, konnten die an den Putzaktionen Beteiligten im Gesamten ein anschauliches Bild der Stadtgesellschaft in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts sowie der Situation der von den Nazis aus „rassischen" Gründen Verfolgten vor dem 22. Oktober 1940 gewinnen – jenem Tag, an dem die knapp

Foto: Andrea Hoffend

Zieht wieder Blicke auf sich: ein geputzter Stolperstein in Karlsruhe.

Tausend Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft, die zu diesem Zeitpunkt noch in der Stadt verblieben waren, nach Südfrankreich verschleppt wurden, bevor man sie später von dort in die Vernichtungslager im Osten deportierte. Anhand der Schicksale ermordeter Menschen mit Behinderungen und Homosexueller wurde zugleich für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Putzaktionen greifbarer, dass der tödliche Rassenwahn der Nazis weitere Opfergruppen betraf. Ebenso ließ sich der Blutzoll erahnen, den der politische Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen die Nazis und die religiös motivierte Kriegsdienstverweigerung der Zeugen Jehovas forderten. Bei alledem wollte man die Ermordeten bewusst nicht nur als Opfer in den Blick nehmen, sondern ihre Gesamtbiografien würdigen. Vielfach kamen die Teilnehmer/innen an den einzelnen Stationen ihrer Rundgänge mit interessierten Anwohner/innen und Passant/innen ins Gespräch, erläuterten ihnen Ziele und Hintergrund der Aktion und informierten über die Arbeitsfelder von „Gegen Vergessen – Für Demokratie".

In einzelnen Fällen schlug ihnen durchaus auch Unverständnis bis hin zu Feindseligkeit entgegen – eine Erfahrung, die nur bestätigt, dass im Kampf gegen rechts nicht nachgelassen werden darf. Stolpersteine-Putzaktionen erweisen sich damit umso mehr als eine sinnvolle und zeitgemäße Form des Erinnerns, das so aus den Vortragssälen herausgeholt und mitten in die Öffentlichkeit »

» getragen wird. Die Kombination von aktivem Tun einerseits und kurzem Gedenken mit konkretem biografischem und lokalem Bezug andererseits bietet zudem gerade auch jüngeren Menschen einen attraktiven Zugang zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Indem die Stolpersteine-Putzaktionen die Karlsruher Aktiven von Gegen Vergessen – Für Demokratie zu regelmäßigem Handeln zusammenbrachten, haben sie den Austausch untereinander befördert und zu weiteren Gruppenaktivitäten angeregt. Darüber hinaus haben die Aktionen in der städtischen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit für die Stolpersteine erhöht und eine Diskussion darüber in Gang gebracht, wie eine nachhaltige Betreuung dieser kleinen Mahnmale aussehen kann.

Nachhaltigkeit schaffen!

Gemeinsam mit dem Förderverein Karlsruher Stadtgeschichte, der die Stolpersteinverlegung in Karlsruhe koordiniert, wird die Sektion Nordbaden in den kommenden Monaten Schulen und Bürgervereine für Stolperstein-Pflegschaften in ihren jeweiligen Stadtbezirken zu gewinnen suchen. Die Aktiven unserer Vereinigung selbst werden ihre Putzaktionen derweil zumindest im Innenstadtbereich weiterführen. Die Erfahrung nämlich zeigt, dass Stolpersteine, die nur wenig betreten werden, oft schon nach drei, vier Monaten wieder pflegebedürftig sind.

Und noch eine weitere Erkenntnis haben die Putzaktionen zutage gefördert: Zwar sind die Lebensläufe vieler Karlsruher NS-Opfer gut erforscht und das online verfügbare „Gedenkbuch für die Karlsruher Juden" bietet einen ebenso raschen wie detaillierten Zugang zum Großteil der örtlichen Opferbiografien. Wenn man jedoch die Lebensschicksale, die sich hinter den Stolpersteinen verbergen, einem jugendlichen Publikum nahe bringen will, bedarf es darüber hinaus auch leicht lesbarer Kurzbiografien von jeweils nur wenigen Sätzen sowie neuer, zeitgemäßer Vermittlungsformen. Im Zusammenwirken mit dem Förderverein Karlsruher Stadtgeschichte bereitet die GVFD-Sektion Nordbaden deshalb ein Projekt vor, in dessen Rahmen die Schicksale der rund 200 Menschen, die bislang mit Stolpersteinen bedacht sind, auf eine solche jugendgerechte Weise aufbereitet werden sollen. Unter anderem werden die Kurzbiografien später über einen virtuellen Stolpersteine-Stadtplan abrufbar sein, an dem Aktive des Fördervereins aktuell arbeiten. Im Zuge weiterer Verlegungen wird auch dieses Projekt mitwachsen.

Aktives Erinnern mit Tuch und Schwamm: die Stolpersteinputzaktion in Karlsruhe.

Foto: Jochen Denker

Praktische Hinweise zur Planung und Durchführung

Der Planungsaufwand für eine Stolpersteine-Putzaktion hält sich in Grenzen – zumal, wenn man ihn dem praktischen und ideellen Ertrag gegenüberstellt. Vorab ist es in jedem Fall ratsam, diejenigen Institutionen, die die Stolpersteinverlegung vor Ort jeweils koordinieren oder dokumentieren, über das Vorhaben in Kenntnis zu setzen und bei Interesse mit einzubeziehen. Häufig ist das das Stadtarchiv oder ein lokaler Geschichtsverein, manchmal auch der Stadtjugendausschuss.

Bei der Planung der Stolpersteine-Routen ist Maßhalten unbedingt angeraten: Mehr als zwanzig Steine an bis zu zehn verschiedenen Standorten – so die Erfahrung – sollten bei einem einzigen Gruppenspaziergang selbst dann nicht angesteuert werden, wenn die Standorte sehr nahe beieinander liegen. Schon eine solche Tour nämlich wird gut zwei bis zweieinhalb Stunden in Anspruch nehmen. Ist eine laufökonomisch optimale Route gefunden und sind damit auch Ausgangs- und Endpunkt bestimmt, kann ein konkreter Treffpunkt in der Nähe des ersten Stolpersteins festgelegt und gegebenenfalls ein Café in der Nähe des letzten Stolpersteins für die Nachbereitung auserkoren werden.

Die Terminfindung sollte sich an Tagen und Uhrzeiten orientieren, zu denen im jeweiligen Stadtgebiet möglichst viele Menschen unterwegs sind – nur so wird man sichtbar und regt andere zum Nachdenken, wo nicht zum Mitmachen an. Eine Putzaktion im Stadtkern findet demgemäß am besten an einem Samstagvormittag oder –nachmittag statt und wird vorab in der Lokalpresse angekündigt. An Mitglieder und Interessierte geht zugleich eine Liste mit den im Rahmen der Aktion anzusteuernden Adressen und den Namen der zu würdigenden Opfer. Die biografische Recherche im Vorfeld sollte sich auf möglichst viele Köpfe verteilen.

Versuche der Karlsruher Aktiven mit verschiedenen Putzmitteln unterschiedlichster Konsistenz haben ergeben, dass ein im Auto- und Motorradzubehörhandel erhältliches Trockenputzmittel für Felgen und andere Chromteile sämtliche in Pasten- und Flüssigform verfügbare Messingputzmittel an Wirkkraft weit übertrifft. Angeboten in einer handlichen Dose, machen die getränkten Wollläppchen zudem das Mitführen größerer Mengen an Putzschwämmchen, Haushaltsrollen und Ähnlichem nahezu obsolet. Mit Blick auf sehr grobe Verschmutzungen sollte dennoch eine kleine „Notration" von alledem, ergänzt um einen weichen Handfeger und eine Handbürste, bereitgehalten werden. Auch robuste Gummihandschuhe dürfen nicht fehlen, denn das Mittel ist aggressiv. Nicht vergessen sollte man ferner einen Stadtplan oder einen virtuellen Zugang zum Netz, Informationsmaterial unserer Vereinigung sowie eine Kamera, mit der die Putzaktion dokumentiert wird.

Stolpersteine in der Karlsruhe Innenstadt: auch ein Ort, um mit Blumen an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern.

Fotos: Andrea Hoffend

Foto: Daniel Herzig

Vorher und nachher. Während der Stolperstein für Chaim Färber wieder blitzt und glänzt, ist der Stein für Chaja Färber noch ungeputzt und kaum lesbar.

So ausgestattet, steuert die Gruppe Stolperstein für Stolperstein an. Mit einem Handbesen werden die Steine zunächst – falls nötig – grob vorgereinigt. Mit einer kleinen Handbürste kann zudem die Gravur vorgesäubert werden, bevor das Putzmittel zum Einsatz kommt. Hernach kann noch einmal mit der Handbürste nachgearbeitet und mit einem weichen Tuch nachpoliert werden. Anschließend wird in kurzem Vortrag von drei bis fünf Minuten Dauer an das Schicksal des oder der jeweiligen Opfer erinnert. Vielleicht wird auch neben jedem Stein eine Rose abgelegt, bevor es zum nächsten Standort geht. Nach dem Rundgang sollten die Beteiligten die Aktion gemeinsam in einem nahe gelegenen Café rekapitulieren und ihre Begegnungen und Erlebnisse festhalten.

Putzaktionen der genannten Art sind eine sinnvolle Form aktiven Gedenkens mitten im öffentlichen Raum: Mit den Stolpersteinen wird zugleich die Erinnerung aufpoliert, und der Blick auf die NS-Vergangenheit sowie auf deren Vorgeschichte wird geschärft – der eigene ebenso wie der Dritter. Wie das Karlsruher Beispiel zeigt, können die Aktionen darüber hinaus weitergehende Erinnerungsaktivitäten in Gang setzen. Viele Gründe also, um zum Putzeimer zu greifen! ■

Dr. Andrea Hoffend ist Koordinatorin der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Als Zeithistorikerin und Publizistin befasst sie sich auch von Berufs wegen mit dem Erinnern an die jüngere deutsche Vergangenheit.

Daniel Herzig ist Mitglied der Sektion Nordbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Angewandte Informatik des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT).

Edmund Mannes

Willi-Ohlendorf-Preis 2012

Ehrenpreis für Pfarrer Friedrich Schafranek
Auszeichnung für die Realschule Bobingen

In einer bewegenden Feierstunde wurde am 9. November 2012 im Evangelischen Gemeindesaal Bobingen zum dritten Mal der Willi-Ohlendorf-Preis vergeben.

Pfarrer Friedrich Schafranek erhielt den Ehrenpreis für sein erlittenes Leid, seine vorbildliche Zivilcourage und sein stetes Engagement zur Aussöhnung. Seine Biografie reicht von seiner Geburt in Wien über Frankfurt am Main nach Berlin, in das Ghetto Litzmannstadt, KZ Auschwitz, KZ Dachau und ins KZ Kaufering. Im April 1945 erlangte er wieder die Freiheit. Er fand zur evangelisch-lutherischen Kirche und wirkte als Pfarrer in Australien. Nach seiner Rückkehr arbeitete er als Pfarrer in verschiedenen Gemeinden und wohnt seit 1986 in Bobingen.

Außerdem wurden Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Realschule Bobingen geehrt. Sie haben in einer Projektarbeit zusammen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern und mit Unterstützung durch das Kulturamt der Stadt Bobingen die Lage der Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges in Bobingen erforscht. Dabei konnten sie unter anderem den Lebensweg einer im Juni 1945 in Waldberg geborenen Tochter einer ukrainischen Zwangsarbeiterin verfolgen. Darüber hinaus wurde auf Initiative der Schule die Straße zur Schule zum Willi-Ohlendorf-Weg umbenannt.

Walther Seinsch übergibt die Urkunde an Rektor Hans Nagel, der den Willi-Ohlendorf-Preis stellvertretend für die Realschule Bobingen entgegennimmt.

Fotos: Edmund Mannes

Walther Seinsch übergibt die Urkunde an Rektor Hans Nagel, der den Willi-Ohlendorf-Preis stellvertretend für die Realschule Bobingen entgegennimmt.

Die Preisverleihung wurde von Walther Seinsch, Beiratsmitglied im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V." und Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg vorgenommen.

In Würdigung besonderer Verdienste im Einsatz für Meinungsfreiheit, Demokratie und Solidarität unter den Menschen und Völkern, vergibt die SPD-Stadtratsfraktion Bobingen an herausragende Persönlichkeiten den von ihr gestifteten Willi-Ohlendorf-Preis.

Willi Ohlendorf hat sich bedingungslos gegen die nationalsozialistische Diktatur und den heraufziehenden Krieg gestellt, obwohl er eine Familie mit drei kleinen Kindern hatte. Er arbeitete als Ingenieur bei der IG-Farben-Fabrik in Bobingen. Seine kritische, ablehnende Haltung sowie die Mitgliedschaft in einer sozialistischen Gruppe, dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund", führte 1938 nach einem Propaganda-Prozess zu einer Verurteilung von sechs Jahren Zuchthaus mit Zwangsarbeit. Nach Ableistung der Haftzeit wurde Willi Ohlendorf nicht entlassen, sondern kam als Schutzhäftling über das KZ Dachau nach Gandersheim-Brunshausen, einem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald, wo er entkräftet und krank am 26. November 1944 zu Tode kam. ■

Edmund Mannes ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Tobias Winstel

Nachruf auf Edward Kossoy

Es könnte schlimmer sein. So beginnt die Geschichte von dem Mann, der zu früh nach Hause kommt und seine Frau im Bett mit dem Nachbarn findet. Er erschießt beide und bringt dann auch sich selbst um. Es könnte schlimmer sein, sagt der Erzähler. Wäre er zwei Tage früher gekommen, hätte er mich erschossen.

Den Nachruf auf ein Jahrhundertleben mit einem Witz zu beginnen, ist ein Wagnis. Zu sehr Cliché, zu groß die Gefahr, etwas Unpassendes zu sagen. Doch Edward Kossoy, einer der Pioniere der Wiedergutmachung für NS-Unrecht, machte es einem leicht, sich von derlei Befürchtungen zu befreien. Fragte man ihn danach, was als Leitspruch für sein Leben gelten könnte, antwortete er: Wenn schon, dann „Es könnte schlimmer sein." Und erzählte die Geschichte.

Seine erste Stelle bekam Kossoy als Sechzehnjähriger bei der polnischen Lokalzeitung Opinja (»Meinung«), für die er jeden Tag ein kleines satirisches Gedicht verfasste. Einen besonderen Humor, der herzlich und auch beißend sein kann, hat er offenbar schon damals gepflegt. Er war ein feiner, kluger und auch erfolgreicher Mann. Sein Leben war zugleich außergewöhnlich und doch leider auch bezeichnend für die Zeitläufte des 20. Jahrhunderts. Sieben Sprachen sprach er: Neben Polnisch und Russisch, den Sprachen seiner Kindheit, auch Hebräisch, Englisch, Französisch und nicht zuletzt Deutsch, die Sprache seiner Verfolger.

„Ich bin ein polnischer Jude." So beginnen seine Memoiren. Die deutsche Ausgabe erschien wenige Monate vor seinem Tod, und sie trägt leider den etwas blassen Titel „Holocaust und Wiedergutmachung. Erinnerungen eines jüdischen Anwalts". Im polnischen Original hießen sie noch „Na marginesie", „Am Rande", weil sein Lebensweg entlang umwälzender Zeitläufte führte.
Ein Jahrhundert ist in diesem Buch zu besichtigen. Genauer gesagt das Zeitalter der Extreme, wie der große deutsch-jüdische Historiker Eric Hobsbawm die Zeit vom Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zum Zerfall des Ostblocks einmal gefasst hat. Edward Kossoy wurde 1913 als Sohn russisch-jüdischer Eltern geboren, im polnischen Radom, einer ehemaligen Residenz- und Industriestadt, etwa hundert Kilometer südlich von Warschau. Sein Vater war Direktor einer Genossenschaftsbank, die Mutter entstammte einer Arztfamilie. Seine frühe Kindheit verbrachte er in Jekaterinoslaw, dem heutigen ukrainischen Dnipropetrowsk. Schlimme Bilder kannte Edward Kossoy nicht erst seit der Zeit des Zweiten Weltkriegs. In den Wirrnissen der russischen Revolution und des Bürgerkriegs von 1917 sah er als Kind, wie brutal Menschen mit anderen Menschen umgehen. Die Schüsse der willkürlichen Exekutionen, die unbestatteten Leichen im

Foto: Mariusz Kubik/Wikipedia

Edward Kossoy im Mai 2007

Straßenrand – Edward Kossoy wuchs in einer Zeit auf, als das Jahrhundert bebte. Beschrieben hat er das in seinem Buch mit der Ruhe des Überlebenden und zugleich mit dem klopfenden Herzen desjenigen, der hineingeworfen war in die Stürme seiner Zeit. „Am Rande", das scheint schon nach den ersten fünfzig Seiten Lektüre als ein Understatement.

Als er noch ein kleines Kind war, begannen die Menschen um ihn herum zu fliehen und ihre Heimat zu verlassen. In früheren Zeiten traf die Vertreibung meist Einzelne. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs war die Flucht zum Familienschicksal geworden. So auch für die Kossoys. Sie zählten zur vormals privilegierten Schicht, und für die wurde die Lage in Zeiten der roten Revolution immer schlimmer. Verlust und Zurücklassen kennzeichnete von jetzt an ihr Leben. Sie machten sich also auf den Weg nach „Westen". Das hieß für sie, vom ukrainischen Jekaterinoslaw über Weißrussland zurück nach Radom, in Edwards Geburtsort. Dass ihm auf dieser Reise der Zoll in Minsk ein Buch wegnahm, den siebten und einzigen Band seiner Kinderenzyklopädie, den er besaß – daran erinnerte sich Edward Kossoy noch bis ins hohe Alter; und die Einträge zu den Werken und Erfindungen von Newton, Röntgen oder Galileo Galileis. Das Buch, mit dem er Lesen gelernt hatte, konnte man ihm wegnehmen, das Wissen nicht. Es sind auch diese Seitenblicke der Geschichte, die seine Erinnerungen so lesens- und bedenkenswert machen.

Wieder in Polen, genauer gesagt in Kaptur, einem Dorf nahe bei Radom, ging seine Kindheit weiter. Bereits im Alter von elf Jahren lernte er Stella kennen, die Schwester seines besten Freundes. Mit Anfang zwanzig heirateten sie, das war Mitte der dreißiger Jahre. Sie bekamen ein Kind, Anna. Die schönste Zeit in seinem Leben, »

» wie Kossoy rückblickend schreibt. Am Ende seines Jura-Studiums in Warschau gründete er ein chemisches Unternehmen, das in erster Linie künstliche Rohstoffe herstellte und internationale Industriefirmen belieferte, unter anderem die deutsche I.G. Farben. Das machte ihn zu einem wohlhabenden jungen Unternehmer, er expandierte und erwarb weitere Beteiligungen. Vor allem aber arbeitete er in Warschau als Anwalt, bis 1939.

Als der Holocaust begann, versuchte Kossoy Fluchtwege für seine Familie zu finden. Er ließ sie dafür in Polen zurück, verlor sie aus den Augen. Er selbst schaffte es in die Sowjetunion, kam dort in fünf verschiedene Gefängnisse, unter anderem in das Lager des Geheimdiensts NKWD in Pinsk. Später kämpfte er in der legendären Armee des General Władysław Anders. Sie vereinte polnische Streitkräfte an der Seite der Roten Armee, die im März 1942 über Iran in den Nahen Osten verlegt wurden, wo man sie dem britischen Nahostkommando unterstellte.

Edward Kossoy hatte sich vergeblich um ein Visum für Istanbul bemüht. Erst im Nachhinein erfuhr er, dass der Hausmeister des türkischen Konsulats Pässe gegen etwas Geld stempelte. Das hätte seine Familie retten können. Stattdessen reiste Kossoy Richtung Lemberg, um dort eine Bleibe vorzubereiten. Auf dem Weg dorthin wurde er vom NKWD verhaftet und konnte sich nicht mehr um seine Frau und seine Tochter kümmern. Sie wurden bei einer Aktion der SS, von den Deutschen zynisch „Erntefest" genannt, Anfang November 1943 im polnischen Trawniki ermordet. Als Reaktion auf die Niederlage bei Stalingrad und der Aufstände in Warschau, Treblinka und Sobibór hatte Heinrich Himmler angeordnet, an einem Tag möglichst viele Menschen zu erschießen, um die Lage hinter der Ostfront wieder zu „stabilisieren". Stella und Anna waren zwei von mehr als 43 000 an diesem Tag ermordeten Menschen. »Profession: Child«, so hat Edward lange nach dem Krieg das Formular der Shoah Data Base von Yad Vashem für seine kleine Tochter ausgefüllt. Beruf: Kind
Das Drama, das hinter dieser dürren Aufzählung von Stationen steht, ist nur zu erahnen, wenn Kossoy rückblickend schrieb: „Heute weiß ich auch, dass ich damals nicht imstande war, die uns drohende schreckliche Gefahr zu erkennen. Ich halte meine arme Stella, Anna und auch meinen Vater in hohem Grade für Opfer meiner Sorglosigkeit." Es ist bestürzend zu lesen, welche Vorwürfe sich Kossoy wegen seiner ersten Familie machte. Darin durchaus typisch für das, was die Psychologen das Überlebendensyndrom nennen – der Vorwurf gegen sich selbst, überlebt zu haben.

Über Teheran und den Irak konnte er sich später nach Palästina retten. Er wurde Mitglied der zionistischen Untergrundorganisation Irgun. Allerdings war er nie an „militärischen Aktionen" beteiligt, darauf legt er Wert. Die Gruppe war gefürchtet für ihre terroristischen Anschläge auf Araber und die britische Mandatsmacht. In Tel Aviv erlebte Edward Kossoy den 8. Mai 1945. Hier half er, der gelernte Anwalt, gemeinsam mit einem Notar jüdischen NS-Überlebenden bei der Durchsetzung ihrer Entschädigungsansprüche.

Dr. Tobias Winstel ist Programmleiter des Siedler Verlages in München und Mitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V.

Was bedeutete das Judentum für ihn? Er sah sich selbst eher in nationaler Hinsicht als Jude, nicht in konfessioneller. Es fehlte ihm das Entscheidende: Der Glaube an Gott. Wie sollte man sonst Auschwitz, den Gulag oder auch Ruanda begreifen können? Dem Religiösen traute er nicht, vor allem wegen dessen Allmachts- und Allwissenheitsanspruchs.

1948 erlebte er die Gründung des Staates Israel, die in einem Gebäude direkt gegenüber seiner Kanzlei verkündet wurde. Am gleichen Tag verließ der letzte britische Hochkommissar für Palästina an Bord eines britischen Zerstörers die Stadt Haifa. Eine seiner letzten Amtshandlungen war die Eintragung dreizehn neuer Namen in die Liste zugelassener Anwälte. Darunter der Name Edward Kossoy.

1953 reiste Kossoy in die ehemalige „Hauptstadt der Bewegung"; nach München also, wo er die sogenannte Wiedergutmachung mit aufbaute. Etwa 60 000 Mandanten verhalf er zu ihren Ansprüchen gegenüber der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des »Dritten Reichs«. Für Schaden an beruflichem Fortkommen, Schaden an Gesundheit, Schaden an Leben, wie das damals hieß. Geschichte verjährt nicht, weder in der Seele noch vor Gericht. Mit seinem »Handbuch zum Entschädigungsverfahren« schrieb er ein Standardwerk, das noch heute in den Wiedergutmachungsämtern benutzt wird. Für Antragsteller hauptsächlich in Israel, aber auch in Südamerika oder aus anderen Teilen der Welt, war er „Testamentsvollstrecker", wie sich die Wiedergutmachungsanwälte selbst auch bezeichneten. Edward Kossoy wollte bei der rechtlichen Entschädigung und Rückerstattung helfen, auch wenn er selbst am besten wusste, dass es dadurch keine Heilung gibt. Allenfalls materiellen Ausgleich, einen Neuanfang, Rechtsfrieden, die legitime Sühne des Illegitimen, immerhin.

Als die große Zeit der Wiedergutmachung vorbei war, verlegte Kossoy sich aufs internationale Privatrecht. In seinem „zweiten Leben" studierte er auch noch Politikwissenschaft, promovierte, schrieb zahlreiche Artikel und Bücher, und gründete in Tübingen eine Stiftung für den Austausch israelischer und deutscher Rechtswissenschaftler. Da lebte er schon eine Weile in Genf, wohin er 1958 gezogen war und wo er letzten Herbst – im Alter von 99 Jahren – verstorben ist.

Das Glück hat ihn begleitet, davon war er überzeugt. Sechs schöne Jahre mit seiner ersten Frau Stella und der gemeinsamen Tochter Anna, bis zum Holocaust. Das Glück des eigenen Überlebens, des beruflichen Erfolgs. Glück, dass er nach dem Krieg seine zweite Frau Sonia traf, mit der er 54 Jahre bis zu ihrem Tod 1999 verheiratet war, auch mit ihr eine Tochter bekam. Und auch von Humor ist viel die Rede in seinen Erinnerungen. Wie in der Geschichte vom jüdischen Schneider, bei dem jemand eine Hose bestellte. Sie sollte in einer Woche fertig sein, war aber erst nach drei Wochen abholbereit. Der Kunde beschwerte sich beim Schneider: Gott schuf die Welt innerhalb einer Woche, und Sie brauchen drei Wochen für eine Hose?! Der Schneider nahm die Hose, näherte sich dem Fenster, rief den Kunden herbei, dreht die Hose, zeigte sie von allen Seiten und antwortete: Warum wundern Sie sich? Schauen Sie sich diese Hose an und dann die Welt! ■

Ilse Macek und Andreas Heusler

Zeitzeuge Werner Grube verstorben

Foto: Paul Huf

Am 22. Januar 2013 verstorben: Zeitzeuge Werner Grube.

Mit Werner Grube verliert die Stadt München einen Zeitzeugen und Holocaust-Überlebenden, der Bedeutendes zur Erinnerungskultur dieser Stadt beigetragen hat. Werner Grube wurde am 12. März 1930 geboren als erstes Kind von Clementine Meyer aus Wasserlos in Unterfranken, wo die Familie seit etwa 1780 ansässig war, und Franz Grube aus Barten im Bezirk Königsberg (Kaliningrad). Er hat – gemeinsam mit seinen Eltern und seinem zwei Jahre jüngeren Bruder Ernst sowie seiner acht Jahre jüngeren Schwester Ruth – die Ausgrenzung, Entrechtung und Deportation als Jude im nationalsozialistischen München erleiden müssen.

Als Kind einer jüdischen Mutter und eines sozialistischen Vaters hat er viele Trennungen erlebt: von seinen Eltern, denen man den Wohnraum für die Familie weggenommen hatte, von seinen Kinderfreunden, seinem Freund Bernhard, nach dem er später seinen Sohn benannte, den Ausschluss aus der Schule, den Abschied von vielen Kindern aus dem Antonienheim, die in den Tod deportiert wurden. Die Erlebnisse in diesem jüdischen Kinderheim, das seine Ersatzheimat geworden war und in dem er von November 1938 bis Sommer 1942 lebte, haben ihn besonders geprägt, die schönen und die schlimmen. Es folgte das Leben in den Sammel- und Deportationslagern Milbertshofen und Berg am Laim, ab März 1943 (Deportation der letzten Juden aus Berg am Laim nach Auschwitz) in verschiedenen elterlichen Wohnungen, immer wieder ausgebombt, als jugendlicher Zwangsarbeiter. Ihm und seinen Geschwistern fehlte es an allem, was ein gutes Leben und was normalerweise Kindheit und Jugend ausmacht. Schließlich wurde er im Februar 1945 mit der Mutter und den Geschwistern nach Theresienstadt deportiert.

Im Mai 1945 wurde Werner Grube zusammen mit seiner Mutter und den Geschwistern, mit seiner Freundin Judith Hirsch und deren Vater sowie anderen Münchnern von der Roten Armee befreit. Schwer erkrankt kehrte er vor den anderen und auf eigene Faust in das zerstörte München zurück; er wog noch 34 Kilo und musste zunächst einmal ins Krankenhaus. Die Schwestern seiner Mutter, deren Männer und Kinder waren in den NS-Todeslagern ermordet worden. Die Verfolgten wurden zu Hause nicht mit offenen Armen empfangen, im Gegenteil. Die Nachkriegszeit mit ehemaligen Nationalsozialisten in den Ämtern, insbesondere auch in hohen Staatsämtern der jungen Republik, der Antikommunismus, die Wiederbewaffnung, die einseitige restaurative West-Politik, die „ostentative Ahnungslosigkeit" (Longerich) der Gesellschaft gegenüber den NS-Verbrechen, die Indifferenz gegenüber den Opfern – all dies machte Werner Grube schwer zu schaffen.

Nach einem durch eigene Entscheidung rückgängig gemachten Auswanderungsversuch in die USA kehrte er in seine Geburtsstadt zurück. 1953 heiratete er Gisela (Josepha), geborene Hagl, bald darauf wurde sein Sohn Bernhard geboren, zehn Jahre später seine Tochter Edith.

Werner Grube hat sein ganzes Erwachsenenleben lang als ruheloser Initiator und hartnäckiger Mahner gewirkt; am wichtigsten war ihm die Erinnerung an Freunde aus Kindertagen, die nicht mehr für sich selbst sprechen konnten. Diese Lebensaufgabe hat er mit großer Beharrlichkeit und Intensität verfolgt. Behördliche Hürden und Widerstände aller Art empfand er nicht als hindernde Einschränkung, sondern sie spornten ihn eher an.

Werner Grube besaß ein detailgenaues Gedächtnis und ein umfangreiches Privatarchiv über die NS-Zeit und die Stationen seines persönlichen Erlebens. Er hat mit seinem Wissen nie gegeizt, es der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und vielen Menschen in dieser Stadt mit Rat und Tat zur Seite gestanden: Schülerinnen, Diplomanden, Schriftstellern, Pädagogen, Historikern, Stadtteilforschern und Institutionen wie dem Stadtarchiv München, dem Kulturreferat, der Münchner Volkshochschule, den Kulturhäusern, insbesondere in den letzten Jahren dem Kulturhaus Milbertshofen. Neben zahllosen geharnischten Briefen und Leserbriefen zu politischen Vorgängen hat er auch viele zeitgeschichtliche Dokumente beigebracht. Ein Konvolut mit wertvollen Unterlagen hat er dem Stadtarchiv München vermacht. Beiträge zu Geschichtswettbewerben des Kulturreferates geliefert, zu Geschichtswerkstätten, zu Diplomarbeiten, zu Artikeln in Zeitungen, zu Ausstellungen, Filmen, Fernseh- und »

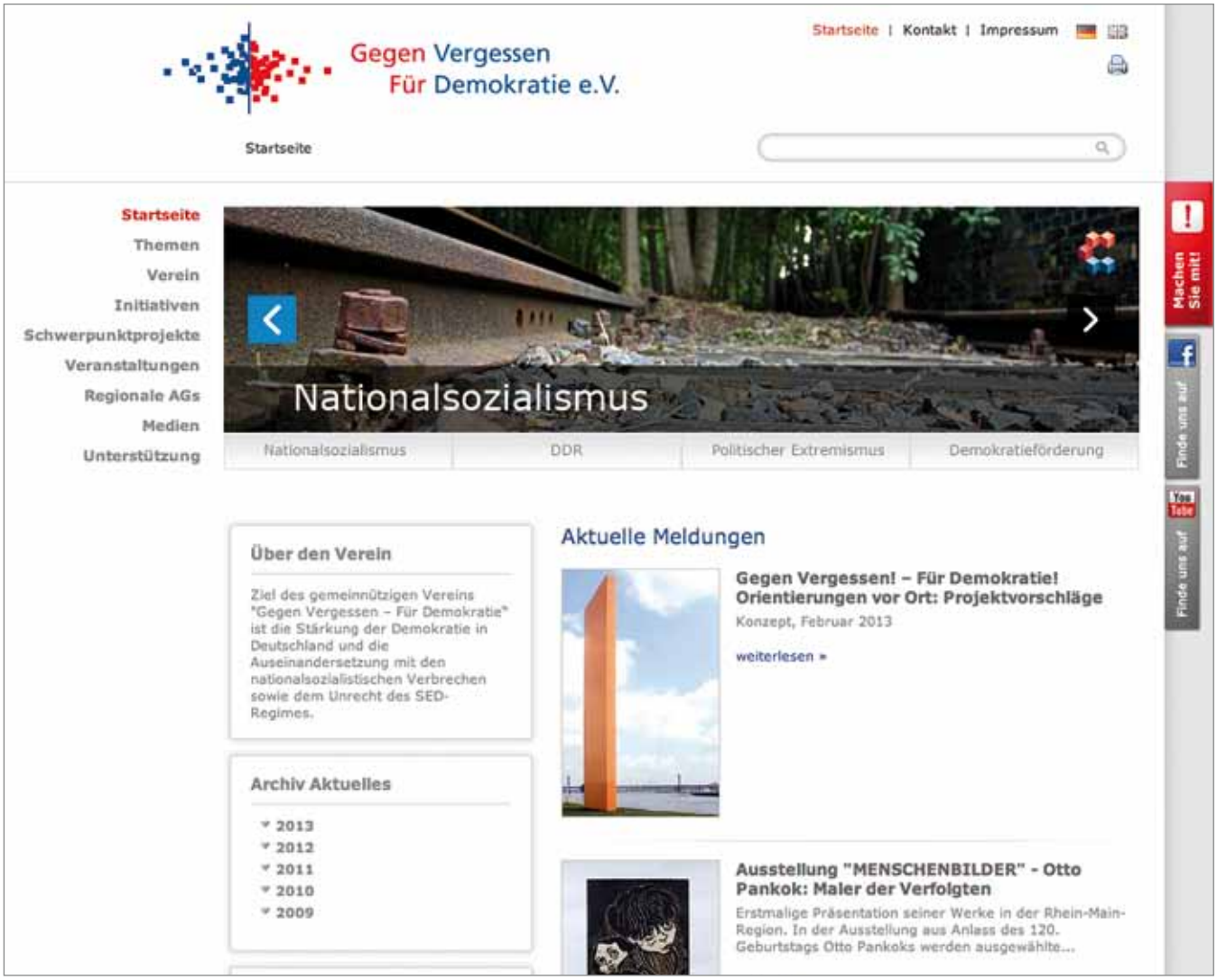
» Radiosendungen. Auch mehrere Bücher sind mit seiner Mithilfe entstanden. Drei Bücher sollen genannt werden, die von seinem Wirken zeugen: eines über ihn selbst von August Kühn „Wir kehren langsam zur Natur zurück", das Buch über Schwabinger Schicksale in der NS-Zeit „ausgegrenzt, entrechtet, deportiert" und eines über die erste Deportation von Münchner Juden im November 1941 „ … verzogen, unbekannt wohin?".

Von den Anstößen für die Erinnerungskultur der Stadt München und der tätigen Mithilfe dabei sollen genannt werden: Die Schulbenennung „Schulzentrum Alice Bendix" in der Antonienstraße, die Gedenk-Stele am Ort des ehemaligen Antonienheims mit dem Foto von Merry Gaber und Judith Hirsch, die Gedenk-Tafel im Neuen Rathaus zur ersten Münchner Deportation und Ermordung von rund 1000 jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Kaunas, die Namensgebung eines Raumes im Kulturhaus Milbertshofen nach Esther Cohn, die Benennung des Milbertshofener „Curt-Mezger-Platzes", das Engagement für die Verlegung von „Stolpersteinen" auch in München. Die Suche nach Überlebenden und die Kontaktaufnahme zu jüdischen ehemaligen Münchner Kindern aus dem Antonienheim war Werner Grube eine Herzensangelegenheit: Erwin Weil aus Kusel, Eva Mendelsson (Schwester von Esther Cohn) aus England, Judith Hirsch-Rosenberg aus Kanada, Al Koppel aus den USA, Reuven und Pesach Schindler aus Israel – um nur einige zu nennen. Er hat auch seinen ermordeten Freunden aus Kindertagen einen Platz im kulturellen Gedächtnis der Stadt und in unseren Köpfen und Herzen gegeben.

Werner Grube diente einer Sache, die über ihn selbst hinausweist, sein Lebenswerk bereichert München; er wird nicht vergessen werden. ■

Ilse Macek ist Sprecherin der RAG München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Andreas Heusler ist Historiker im Münchner Stadtarchiv und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Besuchen Sie auch unsere Homepage: www.gegen-vergessen.de



Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten?

Verena Haug

Die Frage, welche Gegenwartsbezüge in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus angemessen sind und wie sie hergestellt werden können, beschäftigt die Gedenkstättenpädagogik regelmäßig wieder. Ganz offensichtlich besteht ein großes Bedürfnis, auf die Frage, warum wir uns weiterhin mit dem Nationalsozialismus, mit den NS-Verbrechen und dem Holocaust beschäftigen, eine möglichst gegenwartsnahe und zukunftsleitende Antwort zu finden. Nachdem die antifaschistische Erziehung seit der deutschen Vereinigung an Attraktivität verloren hatte, hat sich in den letzten zwanzig Jahren insbesondere das Ziel einer demokratiefördernden und menschenrechtsorientierten, historischen Bildung in Gedenkstätten etabliert. Dabei haben die Menschenrechte im Zusammenhang mit Gedenkstättenpädagogik aber lange Zeit eher deren Werterahmen bezeichnet; dezidiert von Menschenrechtsbildung ist in Verbindung mit Gedenkstätten eigentlich erst die Rede, seit entsprechende Förderkriterien die inhaltliche Arbeit mit steuern. Im Jahre 2003 hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (EVZ) erstmals das Förderprogramm „Geschichte und Menschenrechte" ausgeschrieben. Die Evaluation dieses Programms hat gezeigt, dass eine Konkretisierung beider inhaltlichen Schwerpunkte unabdingbar ist, um eine produktive Verbindung zu ermöglichen.

Die aktuelle Ausgabe der von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V., Landesverband Nordrhein-Westfalen, herausgegebenen Zeitschrift „Politisches Lernen" hat sich nun die Frage von Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten zum Thema gemacht. Entstanden ist das Heft in Zusammenarbeit mit den Berliner Einrichtungen Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz sowie der Stiftung Topographie des Terrors. In sechs thematischen Aufsätzen wird zunächst ein Überblick über die Entwicklung der Gedenkstättenpädagogik gegeben und mögliche Anschlussstellen aber auch grundlegende Unterschiede zur Menschenrechtsbildung herausgearbeitet (Wolf Kaiser/Thomas Lutz). Daran schließen sich Einschätzungen der Frage an, ob und welche Verbindungen zwischen Menschenrechtsbildung und NS-bezogener historischer Bildung sinnvoll und möglich sind und in welchem Verhältnis sie zum Ort Gedenkstätte stehen (Monique Eckmann). In einem dritten Beitrag fassen Kerstin Engelhardt, Akim Jah und Andreas Knoth die Evaluationsergebnisse des Förderprogramms „Menschen Rechte Bilden" der Stiftung EVZ von 2009–2011 zusammen, das eine Vielzahl von Projekten ermöglicht und unterstützt hat. Die wenigsten von ihnen weisen den engen Ortsbezug von Gedenkstättenpädagogik auf und nur ein Teil befasst sich mit dem historischen Gegenstand Nationalsozialismus. Eines der im Rahmen dieses Programms geförderten Projekte an einer KZ-Gedenkstätte stellen die Projektverantwortlichen Ulrike Pastoor und Oliver von Wrochem in einem eigenen Aufsatz genauer vor: Das Projekt „NS-Geschichte, Institutionen, Menschenrechte", das an der Gedenkstätte Neuengamme entwickelt und umgesetzt worden ist, zielt vor allem auf erwachsene Teilnehmer/innen, die unterschiedlichen staatlichen Institutionen (Justiz, Polizei, Verwaltung) angehören. Sie befassen sich im Rahmen der modular aufgebauten Seminarprogramme mit ihren jeweiligen Berufsgruppen in Geschichte und Gegenwart. Thematisiert werden sowohl die Verantwortung der jeweiligen Institutionen während des Nationalsozialismus und ihre Verbindung zum KZ-System als auch Fragen nach aktuellen Handlungsmöglichkeiten im Spannungsfeld staatlicher Eingriffsrechte und individueller Freiheitsrechte.

Diese Fokussierung nicht nur bestimmter Berührungspunkte historischer Bildung und Menschenrechtsbildung, sondern auch die Eingrenzung auf bestimmte Zielgruppen unterstreicht die Notwendigkeit, in der Bildungsarbeit konkrete und präzise Fragen zu verfolgen, anstatt mit einer ortsgebundenen, aber wenig thematisch spezifischen Gedenkstättenpädagogik dazu beitragen zu wollen, die Bedeutung der Menschenrechte zu unterstreichen. Denn ein „Lernen aus historischem Unrecht", wie Katja Ganske ihren Aufsatz betitelt, führt ja weder geradlinig noch alternativlos zur Menschenrechtsbildung. Insofern sind Ganskes Überlegungen zu – empirisch nachvollzogenen – Schwierigkeiten und konkreten Optimierungsmöglichkeiten bei der Verbindung beider Themen- und Handlungsfelder zwar analytisch plausibel ausgearbeitet, die grundlegende Frage nach der Notwendigkeit einer Verbindung wird aber nicht mehr gestellt. »

Politisches Lernen 3–4/12

ISSN 0937 – 2946

Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten?

▶ Menschenrechtsbildung und Gedenkstättenpädagogik — Modethema oder Zukunft der historischen Bildung über die NS-Zeit?
▶ Menschenrechtsbildung in Verbindung mit historischer Bildung zum NS-Regime
▶ "Menschen Rechte Bilden — Förderprogramm für Menschenrechtsbildung durch historisches Lernen" der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
▶ Berufsgruppenorientierte historische Bildung und Menschenrechtsbildung an KZ-Gedenkstätten
▶ Lernen aus historischem Unrecht — pädagogische Überlegungen zur Menschenrechtsbildung in NS-Gedenkstätten
▶ Historische Bildung in humanitärer Absicht Das Konzept "Konfrontationen"

Inwieweit lasst sich unter den aktuellen Bedingungen die pädagogische Arbeit in Gedenkstätten für die Opfer des NS mit der Menschenrechtsbildung verknüpfen? Die Autorinnen und Autoren benennen Voraussetzungen und Ziele von Gedenkstättenpädagogik, sie beschreiben die Vorgehensweise von Menschenrechtsbildung, sie erörtern Möglichkeiten und Grenzen der Verbindung beider Ansätze, und sie verdeutlichen den Stand der Praxis anhand von Beispielen.
Dieses Heft **Politisches Lernen** ist ein **Kooperationsprojekt** zwischen der **Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz** (Wolf Kaiser), der **Stiftung Topographie des Terrors** (Thomas Lutz) und der **Deutschen Vereinigung für Politische Bildung-NW** (Kuno Rinke)

Bitte bestellen Sie das Heft für € 8,– inkl. Porto und MWSt. auf Rechnung bei wu@wieland-ulrichs.de mit dem Stichwort "TT"

Verena Haug ist Diplom-Pädagogin und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Bildungsarbeit von (KZ-)Gedenkstätten. 2009 war sie an der Studie „Discover the Past for the Future. The role of historical sites and museums in Holocaust education and human rights education in the EU" der Agentur für Grundrechte (FRA) beteiligt.

Politisches Lernen 3-4/12 – Menschenrechtsbildung in KZ-Gedenkstätten?
ISSN 0973-2946 • Schutzgebühr 8,00 €

» Dass auch Gedenkstättenpädagogik mit Fragen, Methoden und Zielen der Menschenrechtsbildung zusammengehen kann, wird nach der Lektüre des Heftes niemand gänzlich infrage stellen.

Und dass die Gedenkstättenpädagogik insbesondere im Bereich des Lernens durch Menschenrechte von der Menschenrechtsbildung profitieren kann, dürfte ebenfalls unbestritten sein. Dass es dafür, wenn auch eher im weiteren Sinne, seit vielen Jahren pädagogisch-methodische Anregungen gibt, die auch in KZ-Gedenkstätten angewendet werden und ortsspezifisch weiterentwickelt worden sind, daran erinnert der letzte Aufsatz des Thementeils von Gottfried Kößler. Er stellt das vom Frankfurter Fritz Bauer Institut entwickelte Programm „Konfrontationen" vor, das wesentlich darauf zielt, historische Entscheidungen als jeweils in einem spezifischen Kontext getroffene zu erkennen und sie multiperspektivisch – sowohl auf der Ebene der Materialien als auch auf der Ebene der Teilnehmer/innen – zu diskutieren und zu bewerten. Dabei entsteht noch keine Menschenrechtsbildung, wohl aber eine reflektierte Auseinandersetzung mit der Geschichte aus einer Gegenwartsperspektive, die in sich so heterogen ist wie die Gruppe der Teilnehmer/innen.

Das Heft zeigt, dass Menschenrechtsbildung eine Möglichkeit der Gegenwartsorientierung von Gedenkstätten darstellt, wenn die Bildungskonzepte präzise und eingrenzbare Fragestellungen verfolgen. Die zentrale Frage nicht nur vor dem Hintergrund der Aufsätze bleibt aber, wozu eine Verengung der Gegenwartsrelevanz auf Menschenrechtsbildung in der historischen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus nötig ist und wozu eine diesbezügliche Forcierung durch Politik und Förderinstitutionen eigentlich dient. Geschichte bietet immer mehr als einen Deutungsrahmen. Dass auf die NS-Verbrechen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte reagiert worden ist, kann als politischer Lernprozess verstanden werden. Diesen aber als nachzuvollziehenden Weg und als Ziel in der pädagogischen Auseinandersetzung mit den Massenverbrechen festzulegen, führt nicht nur die Gefahr einer teleologischen Geschichtserzählung mit sich, sondern auch die einer undifferenzierten, affirmativen Gegenwartsbestimmung. Eine solche wäre leicht zu durchkreuzen, fände Menschenrechtsbildung überall dort statt, wo aktuelle gesellschaftliche Zustände und Verletzungen grundlegender Rechte zum Thema werden. ■

Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer

Andreas Dickerboom

Die Umsturzbewegung des „20. Juli" kann nur unter Berücksichtigung ihrer zivilen Basis betrachtet werden. Auch wenn das Attentat auf Hitler misslang, hat dieses Bündnis nicht nur der Welt gezeigt, dass nicht die gesamte „Volksgemeinschaft" hinter dem Diktator stand, sondern es wurden darüber hinaus wichtige Bedingungen für die Bildung einer parlamentarischen Republik im Nachkriegsdeutschland angebahnt. Maßgeblich daran beteiligt war Wilhelm Leuschner. Der Wiesbadener Forscher Dr. Axel Ulrich hat mit seinem Werk über den bedeutenden Gewerkschaftsführer und SPD-Politiker, der seinen heldenhaften Widerstand mit dem Leben bezahlte, endlich eine Lücke geschlossen, existierte doch bislang nur eine vergriffene populärwissenschaftliche Biografie.

Kaum zu glauben, aber wahr: Das zivile Fundament des „20. Juli" wurde viel zu lange sträflich vernachlässigt, nicht nur im Bereich der öffentlichen Wahrnehmung: So wurde noch vor wenigen Jahren durch den Stauffenberg-Spielfilm mit Top-Star Tom Cruise wieder einmal der Fokus auf nur eine einzelne Person und speziell auf den militärischen Widerstand gelegt. Auch in der Forschung sind bislang nur geringe diesbezüglich anders akzentuierte Anstrengungen unternommen worden, und das trotz einer großen Fülle an Zeugnissen dieser zivilen Basis um Regimegegner wie Wilhelm Leuschner, Carl Goerdeler, Jakob Kaiser, Julius Leber, Carlo Mierendorff, Emil Henk, Jakob Steffan, Ludwig Schwamb, Adolf Reichwein, Ludwig Bergsträsser, Willi Richter und viele andere mehr. Bereits in seinem wichtigen Buch über den politischen Widerstand in der Rhein-Main-Region (Thrun-Verlag, 2005) widmete der Autor Axel Ulrich diesem Aspekt ein spezielles Kapitel. Nun würdigt er in seiner Darstellung nicht nur den ehemaligen hessischen Innenminister Wilhelm Leuschner (1890-1944), sondern zudem den mit ihm kooperierenden politischen nichtkommunistischen Widerstand gegen Hitler im Allgemeinen. Insofern handelt es sich nicht um eine Biografie im üblichen Sinne. Vielmehr konzentriert sich Ulrich auf die Darstellung des politischen Kampfes Leuschners und seiner Mitstreiter für den Erhalt der Weimarer Republik und später gegen den Nationalsozialismus.

Wilhelm Leuschner wurde am 15. Juni 1890 in Bayreuth geboren. Später lebte er in Darmstadt, trat dort 1913 in die SPD ein

Andreas Dickerboom ist Sprecher der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

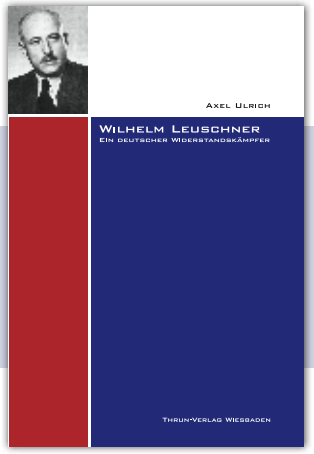
und engagierte sich in der Gewerkschaftsbewegung. Er wurde Vorsitzender der Darmstädter Gewerkschaften, dann Landtagsabgeordneter und schließlich 1928 Innenminister des Volksstaats Hessen. Schon damals zählten künftige Widerstandskämpfer wie Ludwig Schwamb und Carlo Mierendorff zu seinen engsten Mitarbeitern. Am Ende der Weimarer Republik rückte Leuschner zum stellvertretenden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf. Nach der „Machtübernahme" der Nazis musste er sein Amt als hessischer Innenminister aufgeben. Die Gewerkschaften wurden am 2. Mai 1933 zerschlagen. Es folgten Inhaftierungen in Gefängnissen sowie in den Konzentrationslagern Börgermoor und Lichtenburg. Von den Misshandlungen ungebeugt begann Wilhelm Leuschner sehr bald mit dem Aufbau eines zivilen Widerstandsnetzwerks, das er bis 1944 kontinuierlich ausbaute. Nach dem Scheitern des Umsturzversuchs vom „20. Juli" wurde er vom „Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt. Am 29. September 1944 wurde das Urteil in Berlin-Plötzensee vollstreckt. Nach einem erfolgreichen Umsturz wäre Leuschner höchstwahrscheinlich Vizekanzler unter einem Kanzler Carl Goerdeler sowie einem Staatsoberhaupt Ludwig Beck geworden. Heute ist die höchste Auszeichnung des Landes Hessen – die Wilhelm-Leuschner-Medaille – nach dem bedeutenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftler benannt.

Ulrich zeigt in seiner akribischen Arbeit die reichsweiten Zusammenhänge des Widerstandsnetzwerks, das durch Leuschners unermüdliche Kärrnerarbeit immer engmaschiger wurde. Naturgemäß besaß diese konspirative Struktur einen starken sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kern, doch es zählt zu seinen großen Verdiensten, ein breites Bündnis unter Einbeziehung bürgerlicher, sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Kräfte im Kampf gegen die NS-Diktatur auf die Beine gestellt zu haben. Nur die Kommunisten konnten infolge ihrer moskautreuen Haltung und ihres hartnäckig verfolgten Ziels einer „Diktatur des Proletariats" für den bedingungslosen Demokraten keine Bundesgenossen sein. Die Zahl jener Regimegegner aus dem gesamten gewerkschaftlichen und linken Parteienspektrum, die in Leuschners Vertrauensleutenetzwerk involviert waren, schätzt Ulrich auf mehrere Tausend. Dabei ist sich der Autor der Tatsache bewusst, dass solche Angaben aufgrund der damals dringend erforderlichen konspirativen Geheimhaltung nur schwer näher zu beziffern sind.

Im Buch wird deutlich, wie sehr die militärischen Widerstandskräfte auf der einen Seite und das zivile Widerstandsnetzwerk auf der anderen Seite voneinander abhängig waren in ihrem Bestreben, Hitler zu beseitigen und gleichzeitig eine Revolutionsregierung zu bilden, die in der Lage gewesen wäre, dem Nationalsozialismus ein Ende zu bereiten. Beiden Seiten sei klar gewesen, dass der Umsturz nur in enger Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Arbeiterschaft zu bewerkstelligen sein würde. Ebenso sei es Konsens gewesen, eine zunächst kurzfristig notwendige Militärdiktatur zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung möglichst rasch durch eine wie auch immer demokratisch legitimierte Regierung abzulösen.

Neben den reichsweiten Zusammenhängen bringt Ulrich immer wieder regionale Beispiele, u.a. aus der Rhein-Main-Region, einem der neben Berlin wichtigsten Zentren des Leuschner-Netzwerks. Berücksichtigung finden auch die Denkschriften Ludwig Bergsträssers für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, die dieser im Auftrag Leuschners erstellt hat. Hierdurch wurden wichtige Grundlagen geschaffen für das spätere Grundgesetz der Bundesrepublik, an dessen Ausarbeitung Bergsträsser maßgeblich beteiligt war. Auf eine ausführliche Darstellung der Geschehnisse rund um das gescheiterte Attentat Stauffenbergs auf Hitler wird hingegen verzichtet, da diese hinreichend aufgearbeitet und bekannt sind. Wichtig ist dem Autor auch, die Bedeutung Leuschners in seinem Wirken für eine einheitliche Volksgewerkschaft aufzuzeigen, wie sie nach dem Krieg im Prinzip durch Schaffung des DGB realisiert wurde.

Das Buch würdigt einen großen Demokraten und mutigen Widerstandskämpfer. Es ist unverzichtbar für alle, die den „Widerstand in seiner Gänze" – so das Credo des bedeutenden Wissenschaftlers und Widerstandsforschers Wolfgang Abendroth – begreifen sowie die Hintergründe des „20. Juli" verstehen möchten. Und es widerlegt, worauf Helga Grebing in ihrem Vorwort zu Recht hinweist, die These von der angeblichen Selbstlähmung des Arbeiterwiderstands, der zwar keine Massenbewegung, aber ebenso wenig nur auf kleine Kreise und Zirkel beschränkt war. ■



Axel Ulrich
Wilhelm Leuschner – Ein deutscher Widerstandskämpfer
Für Freiheit und Recht, Einheit der Demokraten und eine soziale Republik

Wiesbaden: Thrun-Verlag, 2012
Broschiert, 331 Seiten
ISBN 978-3-9809513-9-5 • 39,80 €

NS-Täter Werner Ventzki: Der „andere“ Vater

Welf Schröter

Jahrelang, nein über Jahrzehnte hinweg, suchte der heute 68-jährige Sohn eines bekannten NS-Täters das charakterliche Bildnis seines Vaters. Es dauerte bis zum Jahr 2011, bis der 1944 in der polnischen Industriestadt Lodz geborene Jens-Jürgen Ventzki zumindest zwei, wenn auch widersprüchliche Profile Werner Ventzkis für sich und für die Öffentlichkeit rekonstruieren konnte. Unter dem Titel „Seine Schatten, meine Bilder“ trug „JJV“ die Ergebnisse einer leidvollen und zugleich ermutigenden Spurensuche zusammen. Auf über zweihundert Seiten mit mehreren Abbildungen lässt der Autor die Lesenden teilhaben an einer biografischen Analyse, die sowohl im engsten Familienkreis wie in der medialen Kommunikationswelt historisch-methodische wie psychologisch-therapeutische Arbeit im „Bergwerk“ der Menschengeschichte leistet.

Je näher Jens-Jürgen Ventzki sich und die Lesenden an die Person Werner Ventzki heranführt, desto mehr schreckt der Autor selbst vor dem Ertrag der umfangreichen Quellensuche zurück. Hervor tritt weniger der „eine“ Vater, der als liebender Familienmensch dem Sohn Hilfe beim Eintritt ins Leben geben will. Erkennbar wird der „Andere“, der überzeugte Nationalsozialist, der sowohl als schuldiger Täter wie auch als unbelehrbarer Antisemit präzise greifbar wird. Werner Ventzki war schon 1931 „Parteigenosse“, wurde Mitglied der „Waffen-SS“ wie auch Gauamtsleiter und stieg zur verantwortlichen Führungskraft der „NSV“ („Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“) auf, in der er sein Ziel der „Neuformung der Jugendhilfe“ zur „Erhaltung der rassischen Substanz unseres Volkes“ verfolgte.

Doch vor allem seine Tätigkeit als Oberbürgermeister von „Litzmannstadt“ ab 1941 unterstrich seinen ungebrochenen Karrierewillen und seine – bis zum Lebensende 2004 – ungebrochene Bindung an das nationalsozialistische Gedankengut. Ventzki über Ventzki: „Das Menschenbild der Nazis wurde für meinen Vater immer stärker zu einem unumstößlichen Gesetz, dem er mit absolutem Gehorsam folgen wollte.“

Jens-Jürgen Ventzki beschreibt nüchtern und doch den Leser bewegend, wie er im Alter von 46 Jahren durch ein Bild in einer Ausstellung wachgerüttelt wurde. Es zeigt seinen Vater in NS-Uniform als Oberbürgermeister „Litzmannstadts“ beim Empfang Heinrich Himmlers im Ghetto der Stadt. Das elektrisierende Foto löst beim Sohn nun endgültig das Bedürfnis aus, das Profil des noch lebenden Vaters zu klären. Detailliert beschreibt er Besuche bei Überlebenden des Ghettos, die Recherchen in Ausstellungen und in polnischen, israelischen, österreichischen und bundesdeutschen Archiven. Er schildert seine Empfindungen bei seinem ersten Besuch polnischer Städte und vor allem die inneren Widersprüche eines Sohnes, der dem liebenden Familienvater den Überzeugungstäter zur Seite stellt, stellen muss. Den „einen“ kannte er seit seiner Kindheit, der „andere“ lässt ihn erschauern: „Plötzlich stand ich vor einer Stellwand, die eine etwa 60 x 85 cm große Abbildung eines Briefes der NSDAP, Gauleitung Wartheland, Posen, zeigte, gerichtet an ‚Herrn Oberbürgermeister Ventzki, Litzmannstadt‘. Da war der Augenblick, der meinen zweiten Vater aus dem bisherigen nebulösen Bild mit aller Deutlichkeit in meine Wirklichkeit hervortreten ließ. Das war der Schlag, von dem ich hoffte, nie getroffen zu werden, verschont zu bleiben, meinen Vater in diesem Kontext nicht entdecken zu müssen.“ Am 18. Mai 1940 war das Ghetto Litzmannstadt errichtet worden. Am 8. Mai 1941 erhielt Werner Ventzki seine Ernennungsurkunde und war damit oberster Vorgesetzter der Verwaltung der Stadt und des Ghettos. Und er nahm seine Funktion ernst. Knapp ein Jahr später meldet er im bürokratischen NS-Sprachgebrauch nach oben: „1942 begann dann die Freimachung des Gettos von nichtarbeitsfähigen Juden.“

Werner Ventzki ging in seiner Aufgabe auf und wollte aus dem polnischen Lodz ein deutsches „Litzmannstadt“ machen. „Eindeutschung“ hieß der Begriff. Er ließ zynisch niederschreiben: „Der zu erwartende weitere Rückgang der Bevölkerungszahl im Getto lässt eine Verkleinerung des heutigen Gettoraumes in erreichbare Nähe rücken.“ Der menschenverachtende Stadtplaner, der sich einer Tischnachbarschaft mit Adolf Hitler rühmte, brauchte die Fläche, um „deutsch“ bauen zu lassen.

Jens-Jürgen Ventzki geht den innerlich schweren Pfad mit Hilfe eines systematischen Suchens nach Fakten, um „den Weg meines Vaters Schritt für Schritt zu folgen, um sein politisches Denken und Handeln“ zu ergründen. Er findet einen Brief seines Vaters an dessen damaligen Vertreter im Amt, „Parteigenosse“ Marder, im Jahr 1942, in dem jener geradezu buchhalterisch im Hinblick auf das Ghetto konstatierte, dass es sich bald herausstelle, „ob die nichtarbeitsfähigen reichsdeutschen Juden uns verbleiben und dann mtl. von reichswegen bezuschusst werden müssten, oder, ob sie mit unter die ‚Aktion‘ fallen.“ Nun zerbricht die Sohn-Vater-Beziehung zu dem „einen Vater“ fast vollständig: „Der Brief meines Vaters aus seinem winterlichen Urlaubsdomizil in den Allgäuer Alpen ist ein Dokument, das mich mit zwei, drei anderen am weitesten von meinem Vater, ja meinen Eltern wegkatapultiert und es mir sehr schwer macht, zu ihm, zu ihnen zurückzufinden. Aus der Leichtigkeit, der bürokratischen Nüchternheit und der Selbstverständlichkeit der in großen Zügen auf das Papier geschriebenen Worte spricht mein ‚anderer‘ Vater, der überzeugte, handelnde Herrenmensch, der gelernt hat, mit ‚Aktion‘ die Vergasung der Juden zu umschreiben und für den damit eine ‚Sache in der Tat erledigt‘ ist. Der Weg zu einer unbelasteten Rückkehr zu meinem Vater aus meinen Kindheitstagen ist endgültig versperrt.“

Vater Werner Ventzki hat nach 1945 immer bestritten, dass er etwas mit der Ermordung von Juden zu tun gehabt hätte. Er sei nur Kopf der städtischen Verwaltung und nicht von der Ghettoverwaltung gewesen. Doch sein recherchierender Sohn ist sich sicher, dass es „nach allen Erkenntnissen heutiger Forschungen und Studien keinen Zweifel geben kann, dass die

Welf Schröter ist Mitglied des Vorstandes der Ernst-Bloch-Gesellschaft und Mitherausgeber der Schriften Karola Blochs.

Ghettoverwaltung in Lodz/‚Litzmannstadt' auf vielfältige Weise Anteil an der Shoah hatte." Und Vater Ventzki konnte mit Hilfe alter Seilschaften in der bundesrepublikanischen Nachkriegspolitik wieder schnell Fuß fassen. Er wurde in den fünfziger Jahren vom Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene in Kiel in die Landesregierung von Schleswig-Holstein als stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Vertriebenenwesen im Sozialministerium berufen. Zudem: Bundesminister Theodor Oberländer beauftragte ihn mit der Leitung der Berliner Dienststelle des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte mit Sitz im Berliner Bundeshaus.

Die Entdeckung des „anderen" Vaters kostet den Sohn viel Kraft. Schreiben, recherchieren, schreiben … die innere Belastung, die Bearbeitung und Verarbeitung der „zwei Väter" hätte er wohl nicht durchgehalten, wenn er nicht von seiner Frau Katharina, seinen Töchtern und vielen Freunden besondere Unterstützung erfahren hätte. Es waren vor allem helfende Überlebende aus dem Ghetto „Litzmannstadt" wie Moshe Checinski (Haifa), Marian Turski (Warschau) und Leon Zelmann (Wien). Sie ermutigten ihn, die Spurensuche fortzusetzen, wenn andere dem Autor rieten, „nicht zu weit zu gehen".

„Seine Schatten, meine Bilder" stellt keine emotional begründete Abrechnung mit dem Vater als Akteur eines verbrecherischen Regimes dar. Zwar ist zwischen den Zeilen immer wieder spürbar, wie sehr der Sohn unter seinen „zwei Vätern" litt, wie er mit Enttäuschung, Traurigkeit, Wut und Abkehr seine Empfindungen kanalisieren wollte, doch neben der klaren Analyse der Mittäterschaft schwingt immer wieder der sehnliche Wunsch eines hoffenden Sohnes durch, der endlich im Gespräch mit dem „einen" Vater seiner Kindheit das Verhalten des „anderen" Vaters erklärt bekommen möchte.

Jens-Jürgen Ventzki schreibt zunächst für sich, für seine Familie und für jene Menschen, die das Ghetto „Litzmannstadt" nicht überlebten, die in KZs ermordet wurden, für die „zweite Generation" der Holocaust-Opfer: „‚027' war das Kürzel der deutschen Verwaltung des Ghettos im amtlichen Schriftverkehr, drei Zahlen, die mir von so manchen Dokumenten sehr vertraut sind. Auf eine der entscheidenden Fragen, die mir nie Ruhe ließ, galt es, eine Antwort zu finden, nämlich auf die Beziehungen meines Vaters zum Ghetto, und damit der Klärung nach seiner Mitverantwortung für das Leben und den Tod der Juden in meiner Geburtsstadt."

Jens-Jürgen Ventzki hat mit seiner veröffentlichten Spurensuche die Beziehung zu seinem Vater unter großen Anstrengungen über viele Jahre hinweg aufgearbeitet und er hat der Öffentlichkeit einen Teil jener Rechenschaft über die Verbrechen in „Litzmannstadt" geleistet, die von seinem Vater Werner Ventzki hätte vorgelegt werden müssen. In der Konfrontation mit dem Vater liegt zugleich dialektisch die Bestätigung der unauflöslichen Bindung zu ihm. Kontinuitäten und Brüche. „Seine Schatten, meine Bilder" ist ein betont leises Buch, aber mit einer lauten Unerbittlichkeit. Hierin liegt seine Stärke. ■

Jens-Jürgen Ventzki
Seine Schatten, meine Bilder. Eine Spurensuche.

Studienverlag: Innsbruck 2011.
Gebundene Ausgabe, 224 Seiten
ISBN 978-3-7065-4961-5 • 24,90 €

Korrektur

In der Ausgabe 75 vom Dezember 2012 wurde auf Seite 39 die Broschüre: Kantraße 79, Frauen des Widerstandes zur NS-Zeit im Gerichtsgefängnis Berlin Charlottenburg rezensiert, die für 10 € von Karl Dürr erworben werden kann.
Dort wurde auf die Ausstellung: „die Träume einzig blieben mir in meiner kargen Zelle" hingewiesen. Die Ausstellung fand nicht in den Räumen des Gefängnisses statt, sondern in der Villa Oppenheim in Berlin-Charlottenburg. Die gleiche Ausstellung wird nun nochmals präsentiert und zwar ab dem 23. Mai 2013 ab 17.00 Uhr (Eröffnung) im Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Hardenbergstr. 31, 10623 Berlin (direkt am Bhf. Zoo). Weitere Informationen: karlduerr@web.de

Auf Hass lässt sich nicht bauen – Erinnerungen

Wolfgang Dästner

Da erzählt einer lebhaft und engagiert seine spannende Lebensgeschichte. Ich habe ihm in Freiburg zugehört und war wie gebannt. Und so ist es auch vielen Schülern ergangen: Persönlich erlebte Geschichte wird in Weltgeschichte eingebaut, Paul Niedermann ist Zeitzeuge, wie es ihn selten besser geben kann. Aber auch er befürchtet, dass ihn seine Kraft verlassen könnte, und deshalb hat er seine Erinnerungen aufgezeichnet, und zwar wiederum lebhaft, als würde alles mündlich erzählt. Dieses Taschenbuch enthält die Erinnerungen Paul Niedermanns an seine Kindheit, die Verschleppung am 22. Oktober 1940 aus Karlsruhe und das Leben danach sowie Briefe aus den Lagern Gurs und Rivesaltes. Von den nach Gurs verschleppten Familienmitgliedern überleben nur Paul, sein Bruder Arnold und seine Großmutter den Holocaust; 1942 gelang ihm mit Hilfe der jüdischen Untergrundorganisation „Œuvre de secours aux enfants" (OSE) die Flucht in die Schweiz. Nach dem Krieg zog Niedermann nach Paris, wo er als Journalist und Fotograf lebte. Mit seiner Aussage als Zeuge im Prozess gegen Klaus Barbie, der 1987 in Lyon wegen Kriegsverbrechen vor Gericht stand, wurde Paul Niedermann erstmals öffentlich mit seiner eigenen Geschichte konfrontiert. Seitdem ist er als Zeitzeuge unterwegs, erzählt sein Leben: Er erreicht die Jugendlichen mit seiner lebhaften Erzählweise. Und das Erinnerungsbuch schafft das ebenfalls. Es ist besonders auch jungen Lesern zu empfehlen.

Aber es ist auch bedeutsam für alle Leser, denen die südwestdeutsche Judenvertreibung durch den Gauleiter Robert Wagner nach Gurs (schon im Jahre 1940 am 22.10.) gar nicht bekannt ist. ■

Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Paul Niedermann
Auf Hass lässt sich nicht bauen – Erinnerungen
INFO Verlag, Karlsruhe 2011 • Lindemanns Bibliothek, Band 134.
Broschiert, 176 Seiten • ISBN 978-3-88190-643-2 • 9,80 €

Das Oberlandesgericht München zwischen 1933 und 1945.

Die Redaktion empfielt:

Im Auftrag des Präsidenten des Oberlandesgerichts München entstand diese Studie über die Rolle und das Wirken des Gerichts in der Zeit des Nationalsozialismus. Sie will „Teil der Bemühungen zur Aufarbeitung der Justizvergangenheit im Nationalsozialismus" sein und soll das Unrecht, das in dieser Zeit durch die Rechtsprechung verbreitet wurde, darstellen. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, stützt sich Ludyga auf Quellen bzw. Akten u.a. aus den Beständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, dem Staatsarchiv München oder dem Institut für Zeitgeschichte München. Problematisch ist dabei die nur lückenhafte Quellenlage. Viele Urteile bzw. Akten mit Entscheidungen haben das Kriegsende nicht überdauert, ob Kriegsereignisse oder die willentliche Vernichtung dafür verantwortlich sind, ist unklar. Die Analyse der Urteile zur Zeit des Nationalsozialismus erfolgt dementsprechend schlaglichtartig und punktuell. Die Schwerpunkte liegen im Erb- und Familienrecht, in der Erbgesundheits- und Erbhofgerichtsbarkeit und den Prozessen wegen Hochverrat, Landesverrat, „Wehrkraftzersetzung" oder „Feindbegünstigung". Zweiter Themenschwerpunkt ist die personelle Zusammensetzung des Gerichts während der nationalsozialistischen Diktatur. Richter des Oberlandesgerichts waren von der nationalsozialistischen Machtergreifung unterschiedlich betroffen. Während jüdische Richter ab 1933 aus ihren Positionen entfernt wurden, gab es Präsidenten des Oberlandesgerichts, die die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung befürworteten oder sogar vorantrieben und der nationalsozialistischen Ideologie positiv gegenüberstanden. Obwohl es auch einzelne Fälle gab, in denen sich Mitarbeiter in Opposition zum Nationalsozialismus befanden, waren die meisten Richter in den Nationalsozialismus verstrickt. Ludyga untersucht, inwieweit Rechtsprechung, Personalpolitik und Urteilsbildung von den Nationalsozialisten gesteuert und beeinflusst wurden; das Ideal der Gewaltenteilung wurde nicht aufrechterhalten.

Der Autor, seit 2009 an der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München habilitiert, legt eine sorgfältige Betrachtung der damaligen Tätigkeiten des Oberlandesgerichts vor, die sich auf viel Aktenmaterial stützt. Dem bis dahin eher weniger beachtetem Feld des Zivilrechts, der Gerichtsorganisation und der Justizverwaltung wird hier volle Aufmerksamkeit gewidmet. ■

Hannes Ludyga
Das Oberlandesgericht München zwischen 1933 und 1945.
Herausgegeben im Auftrag des Präsidenten des Oberlandesgerichts München
Metropol Verlag, Berlin 2012 • Gebundene Ausgabe, 304 Seiten • ISBN: 978-3863310769 • 24,00 €

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich zahle den Jahresbeitrag in Höhe von 80 € (ermässigt 30 €)

☐ Statt dem Jahresbeitrag von € 80 (ermässigt € 30) zahle ich bis zum Widerruf freiwillig den Jahresbeitrag in Höhe von

☐ 100 ,00 € ☐ 150,00 € ☐ 200,00 € ☐ 300,00 € ☐ _____, 00 €

☐ Den o.a. Jahresbeitrag wollen sie gemäss der anhängenden Einzugsermächtigung von meinem Konto abbuchen

☐ Den o.a. Jahresbeitrag werde ich überweisen

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion : _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:

_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Monat Mai

SONNTAG, 5. MAI 2013
17.00 Uhr – 19.00 Uhr

Eberhard Busch (Auerbachs Kellertheater Staufen):
Ingeborg Hecht – Zeitzeugin und Alibi
Kath. Akademie Freiburg, Wintererstr. 1
Diese Veranstaltung findet in der Reihe: Literarisches am Sonntagnachmittag, einer Vortragsreihe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, statt.

MITTWOCH, 8. MAI 2013
19.30 Uhr

„Keine Kameraden". Filmvorführung. Dokumentarfilm der Marion-Samuel-Preisträgerin Beate Lehr-Metzger über das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener im Winter 1941/42
Anschließend Diskussion mit der Regisseurin.
Mephisto-Filmkino, Karolinenstr. 21, Augsburg
Eintritt: 5 Euro

SONNTAG, 12. MAI 2012
17.00 Uhr

Machtergreifung im Gäu (Oberamt Herrenberg)
Ein Vortrag von Dieter Schermann (Herrenberg)
Seminarraum Rathaus Tailfingen
Eine Veranstaltung der Gedenkstätte KZ Außenlager Hailfingen-Tailfingen mit der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

DIENSTAG, 14. MAI 2013 – DONNERSTAG, 16. MAI 2013
jeweils 8.00 Uhr – 10.45 Uhr

Lesung von Anna Maria Nannetti und Gianluca Luccarini über die Massaker der SS- und Wehrmachtsverbände in Marzabotto 1944
Termin an Schulen nach Vereinbarung
Veranstaltung der Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Bündnis für Menschenwürde, der VVN und dem Forum für Interkulturelles Leben und Lernen.
Eintritt: 3 Euro

MITTWOCH, 15. MAI 2013
19.30 Uhr

Lesung von Anna Maria Nannetti und Gianluca Luccarini über die Massaker der SS- und Wehrmachtsverbände in Marzabotto 1944
Augustana-Saal des Evangelischen Forum Annahof, Annahof 4, 86150 Augsburg
Eintritt: 3 Euro

FREITAG, 17. MAI 2013
19.00 Uhr

Hingeduckt wie ein Tier lauert die Fabrik".
Erich Grisar – ein Autor
Gedenkstätte Steinwache, Steinstraße 50, 44147 Dortmund
Reihe „80 Jahre Bücherverbrennung"; veranstaltet von: Steinwache Dortmund und Regionale Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

SAMSTAG, 25. MAI 2013
ab 11.00 Uhr

5. Fest der Freiheit zum Verfassungstag
Dickelsbachsiedlung, Duisburg-Wanheimerort;
Zum Lith / Ecke Bodelschwingh-Straße
Schirmherrschaft: Bezirksbürgermeister Reinhard Meyer
Veranstalterkreis: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. / RAG Rhein-Ruhr West, Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V., Deutsch-Italienische Gesellschaft Duisburg e.V., Deutsch-Britische Gesellschaft, Duisburg e.V., Europa Union Deutschland, Kreisverband Duisburg-Mülheim-Niederrhein, Freunde der Friedensorgel, Sant'Anna di Stazzema, Griechische Gemeinde Duisburg e.V., Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Duisburg, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Ortsgruppe Duisburg und die Evangelische Gemeinde Duisburg-Hochfeld.

MITTWOCH, 29. MAI 2013
19.00 Uhr

Verfolgt – Verboten – Verbrannt:
80 Jahre Bücherverbrennung in Dortmund
Gedenkstätte Steinwache, Steinstraße 50, 44147 Dortmund
Reihe „80 Jahre Bücherverbrennung"; veranstaltet von: Steinwache Dortmund und Regionale Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

DONNERSTAG, 30. MAI 2013 – 31. MAI 2013

Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. 24. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Straße 7, Bautzen
Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung In Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Monat Juni

DIENSTAG, 4. JUNI 2013

„Schule in der DDR". Bildungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte für Schulen des Landes Sachsen-Anhalt
Agricola-Gymnasium Hohenmölsen
Veranstalter: Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

MITTWOCH, 5. JUNI 2013

„Schule in der DDR". Bildungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte für Schulen des Landes Sachsen-Anhalt
Goethe-Gymnasium Weißenfels
Veranstalter: Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

MITTWOCH, 5. JUNI 2013
19.00 Uhr

Die Erinnerung an deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland. Vortrag und Diskussion mit Prof. emer. Dr. Hagen Fleischer, Athen, Moderation: Prof. Dr. Friedhelm Boll, Bonn
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Saal A,
Stauffenbergstraße 13-14,
Eine Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V., dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft", unterstützt vom Büro Athen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

MONTAG, 10. JUNI 2013
19.30 Uhr

„Bleib immer ein Mensch. Heinz Drossel. Ein stiller Held 1916-2008." Buchpräsentation, Lesung und Gespräch mit der Autorin Katharina Stegelmann
Augustana-Saal des Evangelischen Forum s Annahof, Annahof 4, 86150 Augsburg
Eine Veranstaltung der Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Annahof und dem Buchverlag Pustet.

MITTWOCH, 12. JUNI 2013

„Schule in der DDR". Bildungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte für Schulen des Landes Sachsen-Anhalt
Goethe-Gymnasium Weißenfels
Veranstalter: Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

FREITAG, 14. JUNI 2013

„Schule in der DDR". Bildungsangebote für Jugendliche und Lehrkräfte für Schulen des Landes Sachsen-Anhalt
Gymnasium Stephaneum Aschersleben
Veranstalter: Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

SONNTAG, 16. JUNI 2013
17.00 Uhr

Gedenkpfad: Erkundung zu Fuß und mit dem Fahrrad
Ort wird noch bekannt gegeben
Eine Veranstaltung der Gedenkstätte KZ Außenlager Hailfingen-Tailfingen mit der RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

DIENSTAG, 18. JUNI – FREITAG, 5. JULI 2013

„Bedrängte Existenz". Überlebende Roma des NS-Terrors in der Ukraine". Ausstellung
Neue Stadtbibliothek, Ernst-Reuter-Platz 1, 86150 Augsburg
Veranstalter: Regionale Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft".

MITTWOCH, 19. JUNI 2013
20.00 Uhr

„Beliebigkeit der politisch Handelnden; Gefahr für unsere Demokratie?".
Vortrag von Prof. Julian Nida-Rümelin
Augustana-Saal des Evangelischen Forum Annahof, Annahof 4, 86150 Augsburg
Veranstalter: Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.; DGB Augsburg; Evangelisches Forum Annahof

DONNERSTAG, 20. JUNI 2013
19.00 Uhr

Und die, die blieben … Gerhart Hauptmann und der Nationalsozialismus. Vortrag von Peter Sprengel
Gedenkstätte Steinwache, Steinstraße 50, 44147 Dortmund
Reihe „80 Jahre Bücherverbrennung"; veranstaltet von: Steinwache Dortmund und Regionale Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorstand

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Wolfgang Tiefensee MdB, Vorsitzender
Eberhard Diepgen, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellv. Vorsitzender
Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellv. Vorsitzende
Bernd Goldmann, Schatzmeister
Ekin Deligöz MdB
Dr. Alfred Geisel
Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer
Prof. Dr. Johannes Tuchel

VORSTAND

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Ekin Deligöz MdB
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Iris Gleicke MdB
Kerstin Griese MdB
Reinhard Grindel MdB
Dr. Norbert Haase
Christoph Heubner
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Birgit Kipfer
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Markus Löning
Wolfgang Lüder
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
PD Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Dieter Schulte
Dr. Max Stadler MdB
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h.c. Josef Thesing
Arnold Vaatz MdB
Ernst-Jürgen Walberg
Prof. Dr. Gert Weisskirchen

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende
Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel MdL
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. Monika Wulf-Mathies

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Dr. h.c. Joachim Gauck (2003-2012)
Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)

IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben
Sprecher: Dr. Bernhard Lehmann
Haydnstraße 53
86368 Gersthofen
Tel.: 0821/497862
bernhard.lehmann@gmx.de

Baden-Württemberg
Sprecher: Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 07034-929683
Fax. 07034-929685
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinator: Harald Roth
Veilchenstr. 6
71083 Herrenberg
Tel. 07032 953406
Mr.Roth@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin: Dr. Andrea Hoffend
Helmholtzstr. 13
71133 Karlsruhe
Tel.: 01 60 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator: Wolfgang Dästner
Bleichestr. 11
79102 Freiburg
Tel.: 07 61 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 0 30 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Straße 89 G
22609 Hamburg
Tel.: 0 40 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle, Wilfried Wiedemann
Wallstraße 6
31582 Nienburg
Tel.: 0 50 21 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin: Monika Müller-Braun
Gratzerstraße 47
85055 Ingolstadt
Tel. / Fax: 08 41 – 92 08 41
mueller-braun.monika@online.de

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher: Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel.: 03 85 – 79 68 31
Fax: 03 85 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Lärchenwäldchen 2
35394 Gießen
Tel./Fax: 06 41 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 02 28 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner Volkshochschule
Kulturzentrum Gasteig
Kellerstr. 6
81667 München
Tel.: 0 89 – 31 81 15 13
Fax: 0 89 – 31 81 15 25
ilse.macek@mvhs.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstraße 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 0 21 61 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Straße 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 0 56 93 – 9 91 -49 90
Fax: 0 56 93 – 9 91 -49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher: Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Sprecher: Dr. Jörg Skriebeleit
c/o KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 0 96 03 – 90 39 00
Fax: 0 96 03 – 9 03 90 99
information@gedenkstaetteflossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher: Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 02 31 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher: Andreas Dickerboom
Kreutzerstraße 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69 – 59 67 36 87
rhein-main@gegenvergessen.de

Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 63 28 48
Fax: 0 61 31 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator: Klaus Müller
Gundhofstraße 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 0 61 05 – 94 62 50
Fax: 0 61 05 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Koordinator: Wolfgang Braun
Johanniterstraße 13
47053 Duisburg
elke_und_wolfgang.braun@t-online.de
Tel.: 0203/662090
Sprecher: Dr. Günther Neumann
Haroldstraße 45
47057 Duisburg
guenther_neumann@gmx.de
Tel.: 0203 – 372688

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 0 68 51 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 0 68 51 – 80 82 799
info@adolf-bender.de

Sachsen
Sprecher: Prof. Dr. Christoph Meyer
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 804 02 20
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 03 46 73 – 79 97 34
Funk: 0175 – 592 55 46
Fax: 03 46 73 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Straße19 A
23879 Mölln
Tel.: 0 45 42 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Grimmelallee 12
99734 Nordhausen
Tel.: 01 74 – 2 09 43 53
Fax: 0 36 31 – 47 68 23
kabonodi@email.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Straße 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 0 42 92 – 40 90 56
Fax: 0 42 92 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Str. 28
28327 Bremen

Westfalen
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstraße 13
48149 Münster
Tel.: 02 51 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Sektion Bielefeld
Koordinator: Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 0 52 24 – 7 99 27
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Würzburg-Unterfranken
Sprecher: Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 09 31 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft

46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung

Themen und Materialien

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

bpb Bundeszentrale für politische Bildung